

Annahme-Vertraut. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. F. Mirici & Co. Breitestraße 14. in Gnesen bei H. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Referitz bei H. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Vertraut. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei S. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Nr. 277.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 20. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Mai und Juni werden bei allen Post-Anstalten zum Preise von 3 Mk. 64 Pfg., sowie von sämtlichen Distributoren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 3 Mark entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Zur Frage der Posener Bauordnung.

Durch die Bauordnung für die Stadt Posen vom 9. März resp. 17. April 1877 ist die bis dahin gültig gewesene Bauordnung vom 6. Mai 1838, unter deren Herrschaft die Bebauung des um den Wilhelmplatz gelegenen Theiles der Stadt stattgefunden hat, abgeändert worden. Die neue Bauordnung hat bald nach ihrem Erscheinen durch einige in derselben enthaltene Bestimmungen, besonders diejenigen, betreffend die Größe der Höfe und das Verbot der Anlage von Kellerwohnungen in neu aufzuführenden Häusern, vielfache Wünsche nach Abänderung hervorgerufen, und hat die Posener Bauhütte — ein Verein, aus Bauhandwerksmeistern bestehend — die wichtigsten derselben in einer unterm 19. August v. J. an den Magistrat gerichteten Petition zusammengefaßt, von welcher ein Abdruck den Stadtverordneten unterm 8. Oktober zugeandt wurde.

Am 14. Dezember v. J. beantwortete der Magistrat eine dieserhalb an ihn in der Stadtverordnetenversammlung gerichtete Interpellation dahin, daß die Abänderung der Bauordnung von ihm berathen würde. Inzwischen ist der Winter vergangen, die Bauzeit wieder vor der Thür oder bereits begonnen, und noch immer ist in dieser Angelegenheit ein Fortschritt nicht zu verzeichnen gewesen. Eine öffentliche Besprechung des Themas in der „Posener Zeitung“ erscheint daher angemessen, um — wenn es glückt — das größere Publikum für die Angelegenheit zu interessieren.

Die zu Recht bestehende Bauordnung hat in dem Bestreben, in die vom Festungsgürtel schon ohnehin eng eingeschnürte Stadt Luft und Licht zu bringen, nach Vorgang anderer Städte bei Neubauten und Umbauten ziemlich strenge Bestimmungen eingeführt bezüglich der Straßenfronthöhe, der Größe der Höfe und der Kellerwohnungen.

Die Straßenfronthöhe darf nach § 21 nur sein: an Gassen bis zu 5,5 Meter Breite nicht über 7 Meter, an Straßen zwischen 5,5 bis 11 Meter Breite nicht über 11 Meter, an breiteren Straßen nicht über Straßbreite. Die Posener Bauhütte wünscht zwischen diese Zahlen von 7 und 11 Meter, welche ihr einen zu großen Sprung zu machen scheinen, noch eine Zwischenstufe bei 9 Meter Straßbreite einzuschleiben, bei welcher schon bis 11 Meter hoch gebaut werden kann, während sie bei Straßen von über 11 Meter Breite eine um 1,5 Meter die Straßbreite überschreitende Höhe gestattet wünscht; die Maximalhöhe eines Privatgebäudes ist in der Bauordnung auf 20 Meter fixirt.

Nach § 30 muß sodann auf jedem Grundstücke eine zusammenhängende Fläche unbebaut bleiben, welche wenigstens 1/3 des gesammten Grundraumes, nie aber weniger als 35 Quadratmeter bei 5,5 laufenden Meter Minimal-Breite oder -Länge zu umfassen hat.

Hier schlägt die Bauhütte vor zu setzen: 1/3 statt 1/4 und ferner zu sagen: Bei bereits bebauten Grundstücken, wofern die Gesamtfläche des Grundstücks unter 400 Quadratmeter beträgt, ist bei Errichtung neuer Gebäude 1/3 des Grundstücks, jedoch nicht unter 30 Quadratmeter zusammenhängender Hofraum freizulassen; bei Eckgrundstücken, welche schon bebaut waren, ist ein Hofraum von 25 Quadratmeter zulässig.

Endlich lautet der am meisten angefochtene § 39: In neu aufzuführenden Gebäuden dürfen in nur zum Theil über der Erde befindlichen Räumen Wohnungen (Keller-, Souterrain-Wohnungen, Schlafstätten etc.) nicht angelegt werden. Sollen solche Räumlichkeiten dauernd für ökonomische und gewerbliche Zwecke verwendet werden, welche den längeren Aufenthalt von Menschen erfordern (Küchen, Werkstätten und dergl.), so müssen sie eine für die Gesundheit nicht nachtheilige Einrichtung erhalten. Namentlich darf a) das betreffende Gebäude nicht in einem Bezirke liegen, welcher jemals der Ueberschwemmung ausgesetzt ist; b) die Sohle des Kellers muß mindestens 1 Meter über dem durchschnittlich höchsten Grundwasserstand, die Decke mindestens um die halbe lichte Höhe des betreffenden Kellerraums, und der Scheitel der Fensteröffnungen mindestens 1 Meter über dem umliegenden Terrain liegen etc.; c) derartige Kellerräume dürfen niemals nach Norden und nur in solchen Häusern angelegt werden, welche entweder an einem freien Platze liegen oder an Straßen, an welchen die den Kellerräumen gegenüberliegenden Häuser bis

zur Traufkante nicht höher sind, als diese Straße selbst breit ist. Diese Bestimmung gilt auch für Höfe und Gärten, nach welchen hin solche Kellerräume zu liegen kommen sollen. Anstatt dieser Bestimmungen beantragt die Bauhütte zu setzen:

In neu aufzuführenden Gebäuden dürfen Kellerwohnungen nur unter den nachstehend angeführten Bestimmungen hergestellt und benutzt werden: a) das betreffende Gebäude darf nicht in einem Bezirke liegen, welcher jemals der Ueberschwemmung ausgesetzt ist; b) die Sohle des Kellers muß mindestens 0,3 Meter über der höchsten Grundwasserhöhe, darf jedoch niemals tiefer als 1,5 Meter unter dem umgebenden Terrain zu liegen kommen, und muß eine die Feuchtigkeit abhaltende Lage von Lehm, Asphalt, Pette oder dergleichen erhalten. (NB. Es scheint hier der Text eigentlich heißen zu sollen: unter dem Fußboden erhalten.) Die Gesamthöhe der Kellerwohnungen muß vom Fußboden bis zur Decke in minimo = 2,5 Meter betragen. Die Räume müssen außer durch die Fenster noch durch Ramine oder sonst nachweisbare Weise ventilirt werden. Absatz c) der Bauordnung ist zu streichen.

Vorstehende Abänderungsvorschläge sind die wesentlichsten, welche in der oben bezeichneten Petition aufgeführt sind; einige weitere Punkte betreffen die Abmessungen für die Höhe der Seitenflügel und die Breite des Vorsprunges der Kellerhälfe, welche nicht so einschneidender Natur sind, wie die abgedruckten.

Der Zweck einer jeden Bauordnung ist der: die konkurrierenden Interessen des Grundbesitzers, welcher eine möglichste Ausnutzung seines Areals zu gewinnen trachtet, mit den durch die sanitären und Sicherheits-Rücksichten geforderten Beschränkungen in Einklang zu bringen; darüber hinaus braucht eine Bauordnung nicht zu gehen. Ein idealer Zustand wäre es, wenn jeder Wohnung in hinreichender Fülle Luft, Licht und leichte Zugänglichkeit für Rettungszwecke gesichert werden könnten; leider läßt sich dies in Städten nicht genügend erreichen. In offenen Städten ist deshalb eine Bauordnung, welche die Besitzer zwingt, breit zu bauen, und welche bei vorhandenem Bedürfnis die neu anzulegenden Stadttheile nach Außen schiebt, wohl angebracht; durch Pferdebahnen — und in weiterem Verfolg Stadtbahnen — kann der Verkehr von Vorortszentren nach dem Mittelpunkte der Stadt sodann leicht vermittelt werden und ist hier eine strenge Vorschrift, welche das Hochwachsen der Häuser nach Oben und nach Unten hindert, auch leicht ausführbar. Allmählig dehnt sich dann die wachsende Stadt bis an die Vororte aus. Dieselben werden in den Kommunalverband der Stadt mit aufgenommen und ein zweiter Ring um den ersten setzt sich im Laufe der Jahre an. Dieses Verhältniß ist bei uns anders. Die Stadt, durch die Festungswerke eingeschnürt, ist auf ein ganz bestimmtes und der Erweiterung nicht fähiges Areal angewiesen, auf welchem die ihr zufließenden Einwohner finden müssen; ist dieses Terrain einmal so vollgebaut, daß kein Platz für Neubauten mehr innerhalb der Festungswerke vorhanden ist, so vermehrt sich die Dichtigkeit der Belegung der einzelnen Häuser, oder Diejenigen, die hierdurch auch nicht mehr Platz finden, ziehen in die Vororte, welche dann zur Selbstständigkeit sich entwickeln. Innerhalb des Festungsgürtels soll nun die Bauordnung, welche die sanitären und Sicherheitsverhältnisse der Stadt regelt, gegen die zu enge Bauart, welche den Bewohnern kein Licht und Luft zuführt, Grenzen ziehen, nicht jedoch derart, daß sie eine angemessene Ausnutzung des Grund und Bodens in der Stadt durch darauf gesetzte Wohngebäude verhindert.

Wenn nun in offenen Städten das Maß von 1/3 unbebauter Fläche für den Hof jedes Grundstücks wohl durchführbar erscheint, weil dort in die Breite gebaut werden kann, so ist dies für eine Festungsstadt doch sehr viel; das Maß von 1/4 freier Fläche auf jedem Grundstück — wie in Köln — dürfte unseres Erachtens genügen. Es fehlt jedoch außerdem in der Bauordnung eine Bestimmung, wonach sehr wenig tiefe Grundstücke, welche wegen ihrer geringen Tiefe überhaupt kein Hinterhaus erhalten können, von der Anlage eines Hofes ganz befreit werden, wie dies in anderen Städten in die Bestimmungen aufgenommen worden ist. Das Maß von 5,5 Meter Breite des Hofes ist für die Spritzen erforderlich, um darin sich bewegen zu können, also nicht zu vermindern, dagegen ist bei Eckgrundstücken auch noch eine Verminderung des Maßes für den Hof zulässig und in anderen Städten gestattet worden, sobald die Eckhäuser nicht mit Hof-Flügeln versehen werden.

Eine Einschränkung wird die Vorschrift für die Höfe selbstverständlich noch dadurch erfahren, daß bei sehr schmalen Grundstücken die geforderte Hofbreite von 5,5 Meter nicht vorhanden ist, es bleibt dann nur die Vorschrift bestehen, das 1/4 der Grundfläche des Grundstücks unbebaut bleiben muß. Die Minimalgröße eines Hofraumes mit 35 Quadratmeter, wie die Bauordnung sie vorschreibt, erscheint angemessen (in Breslau sind 60 Quadratmeter vorgeschrieben) und für den Feuerlöschdienst durchaus nothwendig. Der § 30 dürfte nach unserem Vorschlage also zu fassen sein:

Auf jedem Grundstücke soll in der Regel eine zusammen-

hängende Fläche unbebaut bleiben, welche wenigstens 1/4 des gesammten Grundraumes, nie aber weniger als 35 Quadratmeter bei 5,5 Metern Minimalbreite oder Länge zu umfassen hat. Hiervon sind ausgenommen Gebäude auf Eckgrundstücken, welche ohne Hof-Flügel aufgeführt werden, und muß hier wenigstens 1/5 des Grundraumes unbebaut liegen bleiben; und Gebäude auf Grundstücken unter 20 Meter Tiefe. Bei diesen kann ein innerer Hof mit Glas überdeckt angelegt werden. Wir glauben nicht, daß die Vorschrift über die Höfe den Bauherrn größere Beschränkungen auferlegt als dieselben im Interesse der Gesundheit der Bewohner durchaus nothwendig tragen müssen; kleinere Hofgrößen bringen jene brunnenartigen von jedem Luftzuge abgeschlossenen Höfe zu Stande, wie sie unter der Herrschaft der alten Berliner Bauordnung von 1853 sich dort in so gesundheitsgefährlicher Weise entwickelt haben.

Nicht gerechtfertigt dagegen erscheint in § 39 der unbedingte Ausschluß von Kellerwohnungen. Wir geben zu, daß Kellerwohnungen nicht wünschenswerth sind, und bei einer Stadt, welche Gelegenheit hat sich in die Breite auszudehnen, ist es wohl angebracht, durch Verbot von Kellerwohnungen die Baup speculation zu zwingen, die kleinen Wohnungen an die Peripherie der Stadt zu verlegen, in Posen jedoch ist eine Zeit absehbar, in welcher die Frage, wo die vermehrte Bevölkerung untergebracht werden könne, zu einer brennenden werden wird. Dadurch, daß nach § 21 die Straßenfronthöhe beschränkt, nach § 31 die Höhe der Hofgebäude bestimmt, und nach § 41 Dachwohnungen nur in Gebäuden von nicht mehr als 4 Geschossen (einschließlich des Erdgeschosses) erlaubt sind, ist die Größe der bewohnbaren Räume im Stadtbezirk eine genau bestimmte geworden; sind diese einmal hergestellt, so bleibt für eine vermehrte Bevölkerung nur eine stärkere Belegung der einzelnen Zimmer mit Bewohnern möglich und ist dabei nicht abzusehen, warum gesunde Kellerwohnungen nicht ebenfalls zur Bewohnung zugelassen werden sollen. Ganz einverstanden sind wir damit, daß solche Kellerwohnungen, welche der Ueberschwemmung ausgesetzt sind, verboten werden, und würden wir, wenn dies möglich ist, auch auf die älteren Stadttheile ausgebehnt sehen mögen; dagegen halten wir in solchen Straßen und Höfen, in welchen wie die Bauordnung in § 39 c. vorschreibt, die gegenüber liegenden Häuser nicht höher sind, wie die Straße breit ist, die Anlage von Kellerwohnungen zwar nicht für wünschenswerth, doch aber für zulässig. Es ergibt sich daraus, daß ein Bauherr, welcher im Hofe Kellerwohnungen anlegen will, dann den Hof nicht schmaler als die Höhe der Seitenflügel machen darf, oder nach § 31 der Bauordnung, wenn er die dort gestattete 11 Meter Höhe der Hofgebäude ausführen will, die Hofbreite ebenfalls 11 Meter machen muß, und wenn er dies nicht kann, auf die Kellerwohnungen verzichten muß. Es fallen hiernach die ungesunden Höhlen der Kellerwohnungen, welche sich nach dumpfen Höfen öffnen, fort, es ist dagegen gestattet, in besseren Fällen wohl Kellerwohnungen einzurichten. Es ist auch nicht abzusehen, woher die billigeren Wohnungen innerhalb der Stadt kommen sollen, in welchen kleinere Handwerker und Arbeiter wohnen sollen, wenn die Gelegenheit Kellerwohnungen zu finden, ihnen abgeschritten wird. 4 Treppen hoch steigt kein Kunde zu einem Schuhmacher oder Tischler, und der Ausweg: die Werkstatt im Keller, die Wohnung aber im Dachgeschoss zu haben, ist den kleineren Leuten zu theuer. Wir halten deshalb die Wiederzulassung von Kellerwohnungen für unbedingt geboten und würden den Vorschlag der Bauhütte betreffs des § 39 mit der Modifikation acceptiren, daß aus § 39 c. der gültigen Bauordnung die Beschränkung wegen der Höhe der gegenüberliegenden Häuser beibehalten wird.

Wir haben ferner noch den Wunsch auszusprechen, daß bei einer Revision der Bauordnung für die einzureichenden Situationspläne eine Verifikation durch einen vereideten Techniker — Feldmesser oder Baumeister — vorgeschrieben werde, weil diese Situationen, auf Grund deren Konsense mit späteren Folgen für den Nachbar ertheilt werden, die Zuverlässigkeit öffentlicher Urkunden haben müssen. Aus einer — nicht mit Absicht — falsch gezeichneten Grenzlinie können für den Nachbar erhebliche Inkonvenienzen entstehen, falls dieser selbst einmal später bauen will, wie § 34 der Bauordnung es aufführt.

Endlich erscheinen uns noch die hölzernen Gesimse, welche nach § 54 erlaubt sind, als feuergefährlich zu verbieten, wie dies in vielen anderen Städten geschehen und nicht zum Schaden der Architektur ausgeschlagen ist, doch ist dies gegenüber den beregten wichtigeren Fragen von Nebenbedeutung.

Wir stellen unsere Auffassung der bestrittenen Bestimmungen der Bauordnung zur öffentlichen Diskussion mit dem Wunsche, daß sich aus den Wünschen der verschiedenen Interessenten eine Vermittelung der Ansichten ergeben möge.

Im Leitartikel der gestrigen Nummer ist im ersten Absätze der mittleren Spalte statt „an organische Chemie“ zu lesen: organische Chemie; Zeile 16 der ersten Spalte, von unten sind

nach den Worten „epischen und tragischen Dichtern“ die Worte: „des klassischen Alterthums“ einzufügen.

[Zur Verwaltungsreform.] Während Herr von Buttamer bisher eines festen Planes für die Revision der Verwaltungsreformgesetzte bisher ermangelte, hat Herr Braunbehrens, der, wie gestern bereits mitgeteilt, jetzt zur Bearbeitung dieser Angelegenheiten in das Ministerium des Innern berufen ist, denselben seit vier Jahren fix und fertig, und wenn derselbe mit den damals im Ministerium vertretenen Ansichten nicht übereinstimmte, so dürfte dies jetzt in der Hauptsache der Fall sein. In seiner Schrift „Betrachtungen über die Verwaltungsrechtspflege in Preußen“ giebt er wörtlich folgenden Grundriss für die Organisation, die Kompetenzen und das Verfahren:

„Die Geschäfte der allgemeinen Verwaltung werden im Kreise vom Landrath, im Bezirke vom Bezirkspräsidenten, in der Provinz vom Oberpräsidenten geführt, bezw. beaufsichtigt. In welchen Fällen die genannten Einzelbeamten an die Mitwirkung des Kreisauausschusses, Bezirksraths, Provinzialraths gebunden sind, bestimmt das Gesetz und überläßt ihnen, auch in andern geeigneten Fällen diese Mitwirkung in Anspruch zu nehmen. Für Fälle, deren Entscheidung keinen Aufschub leidet, regelt das Gesetz die Befugnis der Einzelbeamten zu einstweiligen Anordnungen. Der Kreisauausschuss bildet die erste über den örtlichen Gemeinde- und Polizeibehörden stehende Instanz auf dem Lande und in den kleinen Städten, der Bezirksrath gleicher Weise die erste Instanz in allen Beziehungen für die Stadtkreise, und in gewissen Beziehungen für die dem Landkreise angehörigen, aber von der Aufsicht des Kreisauausschusses theilweise ergriffenen Mittelstädte mit mehr als 10,000 Einwohnern. Gegen die Entscheidungen der ersten Instanz wird der Regel nach eine zweite Instanz gegeben. Die Beschwerde gegen die Entscheidung des Kreisauausschusses geht an den Bezirksrath, nur ausnahmsweise an den Provinzialrath; die Beschwerde gegen die Entscheidungen des Bezirksraths geht an den Provinzialrath. Die Entscheidung erster Instanz ist ausnahmsweise, die der zweiten Instanz stets im Verwaltungswege endgiltig. — Das Gesetz, ohne sich auf Absonderung der rechtspflegenden von der rein administrativen Funktion der Verwaltung einzulassen, bestimmt, in welchen Fällen ein öffentlich mündliches Verfahren eintreten muß, bezw. von dem Beteiligten verlangt werden kann, und überläßt die Anordnung eines solchen in anderen geeigneten Fällen den Einzelbeamten und Behörden selbst. Bezüglich des Schriftwechsels bedarf die erste Instanz überhaupt keiner Vorschriften, für die zweite Instanz nur weniger, welche die Anbringung und Beantwortung der Beschwerde regeln. — Gegen im Verwaltungswege endgiltige Entscheidungen ist die Klage an das Obergerichtsgericht zugelassen. Die Klage kann, was die Aktiolegitimation zur Sache betrifft, nur auf die Verletzung eines dem Kläger zustehenden Rechts gestützt werden. In objektiver Beziehung empfiehlt sich, für die Begründung der Klage die in § 30 des Kompetenzgesetzes vom 26. Juli 1876 gegebene Formel in folgender Fassung anzuordnen: Die Klage kann nur auf die Behauptung gegündet werden, 1) daß die angefochtene Entscheidung auf der Nichtanwendung oder unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts, insbesondere der von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnung beruhe; 2) daß die thatsächlichen Voraussetzungen nicht vorhanden seien, welche zum Erlasse der Entscheidung berechtigt haben würden. — Die Klage muß die Klagegründe genau bezeichnen und einen bestimmten Antrag enthalten. Die Klage muß von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein. — Zur Klageerhebung sind Einzel- und Gesamtpersonen berechtigt. Passiv legitimirt sind nur die Verwaltungsbehörden des Staates und der öffentlichen und gesellschaftlichen Verbände, deren im Verwaltungswege endgiltige Entscheidung mit der Klage angefochten wird. Die Beiladung dritter Interessenten ist zulässig. — Für das Verfahren vor dem Obergerichtsgerichte ist die öffentlich mündliche Verhandlung nach vorausgegangenem Schriftwechsel obligatorisch. Das Verfahren wird von der Untersuchungsinstanz und dem Prinzip freier Beweiswürdigung beherrscht. Erachtet das Obergerichtsgericht den Thatbestand für nicht genügend aufgeklärt, so ist es befugt, die zur Aufklärung erforderlichen Anordnungen zu treffen und demnachst zu erkennen. In allen Fällen ist dasselbe befugt, neben

Aufhebung oder Abänderung der administrativen Entscheidung meritorisch zu erkennen. Die Anbringung der Klage beim Obergerichtsgericht suspendirt in der Regel die angefochtene Verwaltungsentscheidung nicht. — Regativ ist die Kompetenz des Obergerichtsgerichts zu begrenzen durch den Ausschluß der Klage: 1) soweit der administrative Instanzenzug versäumt ist; 2) insoweit gegen die angefochtene Entscheidung der ordentliche Rechtsweg zulässig ist; 3) insoweit die angefochtene Entscheidung vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges ergangen ist; 4) insoweit die angefochtene Entscheidung innerhalb des freien Ermessens der Verwaltung sich bewegt. — Die Zuständigkeit des Obergerichtsgerichts ratione materiae bleibt vorläufig im Wesentlichen auf das Gebiet der Polizei und der öffentlichen gesellschaftlichen Verbände beschränkt.“

Dieser „Grundriss“ ist in der angezogenen Schrift ausführlich motivirt und erläutert.

Deutschland.

+ Berlin, 18. April. [Rückvergütung der Zölle. Die Lehrer und die Politik.] Der Vorschlag der Reichsregierung, der exportirenden Mühlenindustrie besondere Erleichterungen beim Nachlaß des Getreidezolls zu gewähren, dürfte in vielen anderen Industriezweigen den Ruf nach ähnlichen Vergünstigungen veranlassen. In einem Artikel der „Dresdener Nachrichten“ wird sogar das „Recht“ auf Rückvergütung der Zölle schon offen proklamirt. „Die Reichsregierung“, bemerkt das Blatt, „erweitert das System der Rückvergütung von Zöllen bei Ausfuhrartikeln. Der Getreidezoll hat, wie nicht zu verkennen, das Müllegewerbe einigermaßen geschädigt. Der Müller mußte den Zoll auch dann bezahlen, wenn er das ausländische Getreide bloß im Inlande mahlte und dann das Mehl nicht im Inlande abfezte, sondern es ausführte. Jetzt soll er in diesem Falle den Getreidezoll zurückerstattet bekommen. Was aber dem Müller recht ist, ist dem Gerber, dem Tischler und anderen Gewerben nur billig; auch sie müssen ihre Rohstoffe bei der Einfuhr verzollen und um diesen Zoll vertheuern sich dann die von ihnen gefertigten, nach dem Auslande bestimmten Waaren. Ihr Verlangen nach Rückvergütung solcher Zölle erscheint als eine begründete Forderung.“ Diese Ausführungen sind insofern vollkommen zutreffend, als sich, wenn man einmal das Prinzip des Identitätsnachweises fallen läßt, ein stichhaltiger Grund gegen das Verlangen nach Rückzöllen bei allen Exportfabrikaten nicht geltend machen läßt. So lange man an der Identität der Waare festhielt, war die Anwendung des Systems der Rückzölle auf Manufakturwaaren, Lederwaaren, Holzwaaren u. unmöglich; weil der Nachweis, daß das zum Export gebrachte Produkt aus den importirten zollpflichtigen Waaren hergestellt sei, um der damit verbundenen Schwierigkeiten willen nicht wohl erbracht werden konnte. Fällt die Bedingung dieses Nachweises fort, giebt schon der nachgewiesene Bezug des zollpflichtigen Rohstoffes Anspruch auf Nachlaß des Zolles beim Export des Fabrikats, so ist das System einer großen Ausdehnung fähig. Wo bleibt dann aber die ganze Theorie von der Zahlung unserer Zölle durch das Ausland? Und was werden dazu die geschützten Interessenten sagen, z. B. die Spinner, wenn alle exportirenden Textilindustriellen künftig nicht mehr die durch den Schutz Zoll vertheuerten deutschen Garne zu kaufen brauchen, sondern die billigeren englischen Garne für das gesammte Exportgeschäft ohne jeden Zoll beziehen können? Die neue Vorlage, die vom freihändlerischen Standpunkte aus völlig gerechtfertigt ist, greift doch, wie man hieraus ersieht, tief in das herrschende Schutzollsystem ein und wird deshalb wohl noch zu lebhaften Diskussionen Anlaß geben. — Einzelne der Herren Lehrer scheinen verstanden zu haben, was

es heißt, wenn ihnen von oben herab die Theilnahme an politischen Agitationen untersagt wird. Der Lehrer R. in Gr.-N. bei Pilsallen (Ostpreußen) nennt sich nach der „Pr. Lehrzeitg.“ Agent des „Ostpreussischen konservativen Vereins“, und im Schulzimmer theilt er an die Kinder Mittheilungskarten aus, mit dem Befehl, dieselben an die Eltern abzugeben und ihm dafür das „Eintrittsgeld“ in Höhe von Mk. 0,50, 0,75, 1,00 und 1,75, je nach den Verhältnissen, zu bringen. Die Eltern werden so im Interesse ihrer Kinder förmlich gezwungen, die Karten anzunehmen und, was die Hauptsache ist, das Geld zu zahlen.

□ Berlin, 18. April. So leere Bänke, wie heute im Abgeordnetenhaus, hat man in einer Sitzung nach längeren Ferien kaum jemals im Reichstage und wohl niemals im Abgeordnetenhaus erlebt. Das sah schon mehr nach Herrenhaus aus. Wie weit man eigentlich von der Beschlußfähigkeitsziffer entfernt war, ist nicht ermittelt worden, da auf keiner Seite Neigung oder Interesse vorhanden war, die Beschlußunfähigkeit festzustellen, und zweifelhafte Abstimmungen nicht vorkamen. Das Ausbleiben einer so großen Zahl von Mitgliedern in heutiger Sitzung war erklärlich, insofern, abgesehen von der Tagesordnung, die zweifelhafte Abstimmungen unwahrscheinlich machte, noch ein ganz besonderer Umstand viele auswärtige Vertreter an die Heimath fesselte: der Reichstag ist zum 27. April einberufen; morgen, als am 19. April — acht Tage vor Eröffnung des Reichstags — beginnt die Berechtigung der freien Eisenbahnfahrt. Kann man es den zahlreichen, sowohl dem Reichstage als dem Abgeordnetenhaus angehörigen auswärtigen Mitgliedern verargen, wenn sie heute noch zu Hause ihren Geschäften oder ihrer Familie leben und erst morgen kostenfrei herreisen, statt heute auf eigne, nicht zur Erstattung gelangende Kosten herzukommen, um in einer Sitzung anwesend zu sein, in welcher ihre Anwesenheit dem Lande weder zum Vortheile noch zum Nachtheile gereichen kann? Hätte der Reichstagskanzler den Reichstag zwei Tage früher oder mehrere Tage später berufen, so würde diese Verhinderung zu größerer Sparfamkeit nicht an die mit doppelten Mandaten beschwerten Landboten herangetreten sein. — Der Verlauf und das ganze Aussehen des Hauses war den leeren Bänken entsprechend. Zur dritten Beratung eines Gesetzesentwurfes betreffend eine neue fiskalische Pachtsofanlage hätte sich viel diskutiert lassen, da die Bautechniker in der Presse, wenn auch nicht gegen den Gesetzesentwurf, so doch gegen den beabsichtigten Ausführungsplan große Bedenken geltend machen und Ausschreibung einer Konkurrenz fordern. Aber da weder in der Kommission, noch in der zweiten Beratung im Plenum diese technischen Bedenken von den Abgeordneten, unter denen sich kein Techniker befindet, als eigene Bedenken angenommen sind, so war eine unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfes von vornherein gesichert. Andere zweifelloste Vorlagen wurden ohne Diskussion erledigt. Als der Präsident die Diskussion über den fünften Gegenstand der Tagesordnung, über Rechnungen der Oberrechnungskammer für 1880/81 eröffnet, berichtigte der Referent Abg. Dr. Hammacher einen Druckfehler im Antrage der Kommission. Niemand meldet sich zum Wort. Der Präsident will abstimmen lassen. Da kann er den berichtigten Druckfehler nicht finden, und er konstatirt zur Heiterkeit der wenigen Abgeordneten, die zuhören, daß sich die Druckfehlerberichtigung auf Nr. 6 der Tagesordnung — einen andern Rechnungskommissionsbericht bezogen habe. Das Unglück war nicht groß, Nr. 5 und Nr. 6 der Tagesordnung wurden ohne Widerspruch erledigt. Endlich Nr. 7 — Beratung der Denk-

Im Unglück stark.

Roman nach dem Englischen frei bearbeitet von

G. Sternau.

(71. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ja, ja, daran müssen wir auch denken,“ sagte Helene, obgleich sie nicht im Geringsten daran dachte. Sie war in ihrem Innern mit etwas beschäftigt, das war ersichtlich, womit sie Mrs. Merrick nicht belasten wollte, bis nüchternere Thatsachen die Stelle der Muthmaßungen einnehmen würden, von denen sie gesprochen. Mrs. Merrick sehnte sich nur nach Theilnahme und freundlichen Trostworten, und Helene bot ihr dieselben von ganzem Herzen, während ihre dunklen Augen vorwärts blickten, wie auf ein Ziel, welches sie sich selbst gesteckt hatte.

Sie hatten schon die Schwelle der Hausthür überschritten, als Jemand, den Helene sogleich wieder erkannte, eilig die Steinstufen herauf kam und in seiner Verzerrung an ihnen vorbeigegangen wäre, wenn Helene, zu Mrs. Merrick's Verwunderung, nicht die Hand ausgestreckt und ihn angehalten hätte.

„Mr. Wirtlow,“ sagte sie. Er nahm den Hut ab und verbeugte sich höflich, höchst geschmeichelt, durch Helene's freundliches Entgegenkommen, bis sie ihn durch die unerwartete Frage: „Wohnen Sie hier im Hotel?“ in Erstaunen setzte.

„Nein, augenblicklich nicht. Diese Gegend der Stadt sagt meiner Gesundheit nicht zu, oder vielmehr meiner Tasche.“

„Wen suchen Sie hier?“ war Helene's nächste Frage, wobei sie Mr. Wirtlow mit Augen ansah, die vor Begierde brannten, die Wahrheit zu hören.

„Meinen Freund, Mr. Barklay. Ich hoffe, er ist noch nicht abgereist, Madame, denn ich habe noch eine unbedeutende Forderung an ihn, es ist kaum der Rede werth.“

„Haben Sie die Neuigkeit schon gehört?“

„Welche Neuigkeit. Große Güte! Er wird doch nicht banterott sein?“

Die Bestürzung, welche sich in Mr. Wirtlow's Zügen ausdrückte, war so echt und natürlich, daß Helene's Argwohn, den sie erst gehegt, davor schwand.

„Er sollte die Andisons auf ihrer Reise begleiten, eben so

Mr. Merrick; die Abreise war auf heute festgesetzt, aber Mr. Merrick ist ausgeblieben.“

„So, kam er nicht?“ sagte Mr. Wirtlow unbefangen.

„Aber was hat das mit der Neuigkeit zu thun?“

„Das ist die Neuigkeit,“ sagte Helene.

„Also das ist sie?“ und der fremdbete Ausdruck seiner nichtsagenden Augen bestärkten Helene in ihrer Annahme, daß er nichts um das Verschwinden Valentin's wisse.

„Sie werden Mr. Barklay zu Hause finden,“ sagte Helene, sich mit Mrs. Merrick zum Gehen wendend, als sie, wie von einer neuen Eingebung ergriffen, plötzlich stehen blieb und ihn zurückrief.

Mr. Wirtlow, der schon auf der obersten Stufe stand, zog wieder seinen Hut und kehrte mit freundlicher Behenbigkeit an ihre Seite zurück.

„Wollen Sie uns einige Schritte weit die Straße hinab begleiten, Mr. Wirtlow?“ fragte Helene.

„Meine Liebe,“ begann Mrs. Merrick, aber Helene drückte ihren Arm, um ihr Stillschweigen aufzuerlegen.

„Gewiß, mit dem größten Vergnügen,“ erwiderte der Auktionator, mit der äußersten Verbindlichkeit nochmals den Hut ziehend.

„Sie sind nicht mehr in so guten Verhältnissen, glaube ich, wie früher?“ fragte Helene. „Sie haben Unglück in Ihren Geschäften gehabt, seit wir uns zuletzt gesehen?“

„Ahem,“ hüpfelte Mr. Wirtlow, „das will ich gerade nicht behaupten. Woher wissen Sie das?“

„Ich habe das Interesse für Webbercombe und Gernley nicht verloren, wenn ich es auch verlassen habe,“ versetzte Helene, „und die Neuigkeiten vom Lande dringen auch nach und nach bis zu mir.“

„Bewundernswürdiger Landklatsch! Es ist bewundernswürdig, wie Leute den Mund aufreißen; ich bin überzeugt, Sie haben einen lügenhaften, verleumderischen Bericht in dem „Clingsford Boten“ gelesen, aber ich habe sie gezwungen, jedes Wort zurück zu nehmen. Aber das haben Sie nicht gesehen, natürlich. Die Leute werden nie nach den Widerrufen sehen.“

„Ich hörte, daß unglückliche Spekulationen —“

„Mich ruinirt hatten, richtig, aber dem ist nicht so. Es war ein ziemlich bedeutender Schlag, und ein Theil meiner Ersparnisse — ich bin immer ein vorsorglicher Mann gewesen —

und der meiner Schwester gingen zum Teufel, aber ich bin noch nicht rein ausgebeutelt, Mrs. Barklay. Jedes Geschäft, mit dem Sie mich betrauen sollten, wird mit derselben Pünktlichkeit, Präzision und Umsicht ausgeführt werden, die jene Aufträge charakterisirt haben, mit denen Sie mich zur Zeit zu beehren pflegten.“

Mrs. Merrick, verwundert über alles Dieses, wollte wieder sprechen, aber wieder drückte Helene ihren Arm. Der Mann, welcher neben ihr herging, war etwas angetrunken, daran war nicht zu zweifeln, er war schäbig gekleidet, so viel Helene in der Dämmerung bemerken konnte, und peinlich unterthänig. Was mochte Helene wohl von dem Manne wünschen?

„Wie viel schuldet Ihnen Mr. Barklay?“ fragte Helene.

„D, nicht viel, aber da er ins Ausland reist, wollte ich ihn darum bitten.“

„Wie viel?“

„Nun, wenn Sie es durchaus wissen wollen, eine Guinee Kommissionsgebühren für einen Hund,“ setzte der Auktionator erklärend hinzu.

Helene sah den Sprecher aufmerksam an.

„Es muß mit Ihnen rasch bergabwärts gegangen sein, Mr. Wirtlow, daß sie so verlegen um eine Guinee sind. Das thut mir leid, zu hören.“

„Nun, eine Guinee ist eine Guinee,“ sagte Mr. Wirtlow leicht, „und kurze Rechnungen machen lange Freunde. Ich brauche eine Guinee nicht grade, aber das Glück ist mir, offen gestanden, nicht günstig. Wenn irgend ein guter Freund, den ich redlich bedient —“

„Ich will Ihnen fünfzig Guineen borgen, nein, geben, wenn Sie von Arthur Barklay Ihr Darlehen nicht zurückverlangen, ihn nicht wissen lassen, daß Sie in London sind, und —“

Sie hielt inne, als fürchte sie, ihn durch ihren Auftrag zu verlegen.

„Und was noch thun? Bitte Madame, fahren Sie fort, ich bin ganz Ohr,“ sagte Wirtlow mit großem Eifer.

„Und Sie ihn beobachten wollen.“

„Helene!“ rief Mrs. Merrick erschrocken aus.

„Et! — unterbrechen Sie mich nicht,“ sagte Helene in erregtem Tone. „Wenn nichts Böses gemeint ist, ist auch nichts Böses gethan, und um Valentin's willen kann ich den Spion

schrist über die Ausführung des Oberflächlichen Rothstands-
gesetzes vom 23. Februar 1881 — gab zu längeren theoretischen
Ausführungen einzelner Abgeordneter Anlaß. Man bringt die
Oberregulierung zur Sprache, die Flussregulierung, die schon
seit Jahrzehnten von aller Welt für unumgänglich nötig
erachtet wird, aber an demjenigen Theile des Flusses, dessen
Ueberschwemmungen bedeutende Mitschuld an dem wiederkehren-
den oberflächlichen Rothstande tragen, von der Staatsregierung
lediglich des Kostenpunktes halber abgelehnt wird. Das ist die
alte Geschichte. Die Eisenbahnen zu verstaatlichen kommt es auf
eine Milliarde nicht an; aber die Kosten der oberen Oberregu-
lierung werden wohl auf das Tabakmonopol angewiesen werden
müssen oder auf irgend ein anderes Monopol der Zukunft.

Der Reichskanzler wird nicht, wie verschiedentlich
gemeldet wird, schon morgen hierher zurückkehren behufs Theil-
nahme an den Beratungen über das Tabakmonopol,
sondern, wie der „N. Z.“ berichtet wird, erst in 8 Tagen hier
eintreffen. Es wird angenommen, daß die Verathung in den
Ausschüssen des Bundesraths über das Monopol am Sonnabend
beendet sein dürfte, so daß Anfangs nächster Woche dessen Er-
ledigung im Plenum des Bundesraths wird vor sich gehen
können. In Abgeordnetekreisen wollte man heute wissen, daß
das Monopol mit 31 gegen 27 Stimmen im Bundesrathe an-
genommen werden wird; man war dort in informirten Kreisen
der Meinung, daß nach Ablehnung des Monopols im Reichs-
tage — selbst die Konservativen rechnen nur auf höchstens 90
Stimmen für dasselbe — unter keinen Umständen eine Auf-
lösung erfolgen würde. Seitens der Reichsregierung wird das
Projekt der Einführung einer Fabriksteuer lebhaft bekämpft,
indem hervorgehoben wird, daß dieselbe für Deutschland unge-
eignet sei.

Die „N. Z.“ bezeichnet als die Folge einer event.
Ablehnung des Tabakmonopols durch den Bundesrat
oder Reichstag „eine erhöhte Besteuerung des Tabaks,
vielleicht auch in Form eines anderen Besteuerungssystems als
bisher“; damit aber, meint sie, würde der kleinere und mittlere
Fabrikant ruiniert sein — nicht durch die Reichsregierung, denn
diese biete ihnen jetzt eine Schadloshaltung, sondern durch die
Liberale. — Das wird doch wohl davon abhängen, sagt die
„Magd. Ztg.“, wer diese ruindose Steuererhöhung besorgen
wird? Die bösen Liberalen wollen ja eben der Tabakindustrie
Ruhe gönnen.

Es ist bereits gemeldet, daß der Justizminister
den an den Kaiser erstatteten Bericht über den gegenwärtigen
Stand der Justizverwaltung und Rechtspflege
in Folge Allerhöchster Anordnung demnächst veröffentlichen wird.
Wie hinzugefügt wird, enthält die bezügliche Kabinettsordre zu-
gleich die ehrenvolle Anerkennung des gesammten Wirkens des
Justizministers. In Folge des besonderen Wunsches Sr. Majestät
wird auch dieser Theil der Ordre zur Veröffentlichung gelangen.

Die „Kreuz-Ztg.“ bringt folgende Notiz: „Der Abgang
des Direktors des statistischen Bureaus, Geh. Ober-Regierungs-
Raths Dr. Engel, wird in der Presse benutzt, um dem
Reichskanzler die Schuld an diesem Rücktritt beizulegen. Dieser
ist jedoch ohne jede Mitwirkung des Fürsten und aus Gründen
erfolgt, welche lediglich die dem Geh. Rath Engel vorgesetzte Be-
hörde zu würdigen hat.“ — Die „vorgesetzte Behörde“ des Herrn
Dr. Engel war der Minister des Innern.

Die Vorlage über den Bau eines Kanals zur
Verbindung Westfalens und des Rheins mit
den Emsmäfen ist zu einer so vorgerückten Zeit im Abgeord-

netenhaus eingebracht worden, daß wenig Aussicht ist, es werde
darüber in dieser Session noch zu einer Verständigung kommen.
Der Gesetzentwurf fordert so bedeutende Geldmittel, er stellt mit
dem Verzicht auf die Rentabilität des Unternehmens einen so
neuen und so ansehbaren Grundsatz auf, daß das Abgeord-
netenhaus darüber unmöglich kurzer Hand zu einer Entschlie-
ßung kommen kann, zumal es auch sehr zweifelhaft erscheint, ob
gerade die vorgeschlagene Richtung des Kanals die zweckmäßigste
Erweiterung und Verbindung der bestehenden Wasserstraßen ist,
zweifelhaft ferner, in wie fern das vorgeschlagene Unternehmen
einen wenigstens vorläufigen Abschluß der Kanalprojekte bilden
oder nur die Einleitung zu ferneren Erweiterungen darstellen
soll, und mit welcher Sicherheit man darauf rechnen kann, daß
eine im Plane liegende Fortführung des Werks nicht Jahrzehnte
lang auf sich warten läßt. Als Anfang und Glied eines
großen die preussischen Hauptströme verbindenden Kanalsystems
würde das vorgeschlagene Projekt ohne Zweifel mehr Zusät-
zung erfahren, als wenn man es als ein für sich bestehendes
und in sich abgeschlossenes Einzelunternehmen ansehen müßte.
Die prinzipielle und für die ganze Zukunft des Kanalbauwesens
präjudizirende Frage, ob es wohlgethan ist, auf Kosten des
Staats bzw. der Steuerzahler an die Rentabilität der Kanäle
einen ganz anderen Maßstab anzulegen als z. B. an die der
Eisenbahnen und damit eine imaginäre Billigkeit der ersten
herzustellen, wird einer ebenso eingehenden und vielseitigen Prü-
fung bedürfen, als die praktische Frage, ob nicht eine andere
Linie zweckmäßiger wäre und weiteren Landestheilen zu gute
käme als die vorgeschlagene. Ob das Abgeordnetenhaus noch
Mühe findet, sich über diese schwerwiegenden Fragen zu entschei-
den, muß bezweifelt werden.

Einen neuen und man kann sagen unwiderlegbaren
Beweis von den großen Verdiensten, welche sich der ehemalige
Unterrichtminister Falk um den Volksschulunterricht
in Preußen erworben, liefert das neueste Heft des in dem Mi-
nisterium des Herrn v. Goltz herausgegebenen Zentrallattes,
das sich sehr eingehend an der Hand der nur ihm zu Gebote
stehenden amtlichen Quellen mit der unterrichtlichen Versorgung
der Schulkinder im preussischen Staat beschäftigt. Gleich zu
Anfang erfährt man, daß der Mangel an Volksschullehrern
„vor etwa zehn Jahren“, also zur Zeit des Rücktritts Müllers,
einen solchen Umfang gewonnen hatte, „daß allgemein in
ihm eine Gefahr für das deutsche Volksleben erkannt
wurde“; ja, „es gab Schulen ohne jede unterrichtliche
Versorgung. Alte, kranke, schwache Lehrer, deren Ablösung
durch jüngere Kräfte erforderlich gewesen wäre, mußten im Amt
erhalten werden, damit ihre Schulen nicht leer ständen“. Wir
können hier nicht näher auf die einzelnen aufgezählten Uebelstände
eingehen, bemerken nur noch, daß die Unterrichtsziele eingesän-
dlich nicht erreicht werden konnten, vorzüglich aber der Unterricht
seinen erzieherischen Charakter einbüßte. Schade ist es, daß die
amtliche Darstellung die Gründe jenes Lehrermangels nicht ein-
mal andeutungsweise berührt und von den Folgen der bekannten
Raumer-Stichischen Regulative schweigt, welche doch vier-
zehn Jahre in Geltung gestanden und erst von Falk
hatten aufgehoben werden können. Man erfährt eben nur, daß
der obersten Unterrichtsverwaltung nichts übrig geblieben war,
als einmal durch eine durchgreifende Verbesserung der äußeren
Lage des Lehrerstandes diesem eine erheblich größere Zahl von
Bewerbern zuzuführen, und zum Andern für die angehenden
Lehrer sichere Wege der Ausbildung zu finden und eine ausrei-
chende Zahl von Seminarien zu errichten. Es mußte aber auch

mit dem bestehenden Präparanden-Anstaltswesen gründlich auf-
geräumt werden, da, wie wir erfahren, die Präparandenlehrer
vom Staate nur sehr spärlich bemessene Vergütungen erhalten
hatten. Bemerkenswerth ist es ferner, daß in der erwähnten
amtlichen Darstellung bei Hervorhebung der jetzigen gegen die
früheren Verhältnisse der Name Falk nicht ein einziges Mal
genannt wird, während es bei Mittheilung der Thatsache von
der neulich erlangten Besetzung sämtlicher etatsmäßigen
Stellen in den Seminaren heißt: „Daß dieses Ziel er-
reicht werden konnte, ist der kräftigen Unterstützung zu
danken, welche die Unterrichts-Verwaltung sowohl bei
der Finanzverwaltung als bei der Landesvertretung gefunden
hat. Allgemein wurde in der Reorganisation des Lehrer-
bildungswesens eine von den politischen Bewegungen unabhängige
Friedensarbeit, in der Sorge um die Beschaffung ausreichender
Lehrkräfte die Abwehr eines dem Volksleben drohenden Schadens
erkannt und gefördert.“ Wer aber hat denn seine Forderung
sowohl an die Finanzverwaltung als an die Landesvertretung
gestellt, wer sie durchzubringen verstanden und wer sie bekämpft?
Uebrigens wird noch berichtet, daß sich 1871 unter den dama-
ligen Volksschulkindern 410,380 befunden haben, welche bei dem
Eintritt in die Volksschule kein Deutsch verstanden. Die Mehr-
zahl mit 360,528 kam auf die nur polnisch verstehenden Kinder,
es folgten 21,245 Kinder, die nur dänisch, 10,075, die nur
lithauisch, 8,239, die nur mährisch, 6,690, die nur wendisch, 1,430,
die nur wallonisch, 1,130, die nur böhmisch, und 7, die nur
holländisch verstanden. (Die wallonisch und holländisch redenden
Kinder waren in rheinischen Schulen.) Als Endergebniß der
Darstellungen wird der Satz aufgestellt, „daß der eigentliche
Lehrermangel überwunden sei, aber ein noch sehr großer Lehrer-
mangel zu beseitigen bleibe“. Die Unterrichtsverwaltung
will und wird an die Gemeinden keine Forderungen
stellen, deren Erfüllung die Kräfte überspannen würde. Anderer-
seits „hat sie die Pflicht, dafür zu sorgen, daß überall im
Lande die religiöse Erziehung der heranwachsenden Jugend
die nötige Pflege finde und auch die sonstige Unter-
weisung der Kinder . . . ordnungsmäßig geschehe. Sie hat
sich gegenwärtig zu halten, daß für Kirche, Staat und Gesellschaft
kaum eine größere Gefahr gedacht werden könne, als das Heran-
wachsen einer unerzogenen, in religiösen Dingen unwissenden,
für jeden künftigen Erwerb unfähigen Jugend . . . Jedenfalls
muß ausgesprochen werden: Ist es in den letzten Jahren gelun-
gen, den Lehrermangel zu überwinden, so ist es die Aufgabe
des nächsten Jahrzehnts, den Mangel an Schulklassen zu
beseitigen.“

Der, wie wir bereits mitgetheilt, soeben ausgegebene
Jahresbericht der Handelskammer zu Frank-
furt a. M. bemerkt betreffs der Zollpolitik, daß die Wünsche
der Export-Industrie, z. B. der Portefeuille-, Parfümerie-,
Strumpf-, Haar-, Kleider-, Blumenfabrikation u. a. m. nach wie
vor gehen auf Befreiung der für diese Betriebe erforderlichen
Rohstoffe vom Eingangszoll, um durch mögliche Berringerung
der Produktionskosten den ausländischen Markt zu behaupten.
Ferner wünscht die Export-Industrie eine Rückvergütung des
Eingangszolls in allen Fällen, wo für ihre Produkte das Roh-
material vom Ausland gekauft werden muß, damit der ein-
heimische Produzent nicht theurer als der ausländische arbeiten
und die Konkurrenz mit dem Ausland aufrecht erhalten werden
kann. Die Handelskammer beklagt ferner, daß die Unsicherheit
wegen Abänderung der Handelsverträge, besonders die schwebenden
Verhandlungen zwischen Frankreich und England, lähmend auf

spielen und den Tadel auf mich nehmen, wenn ich Unrecht ge-
than habe. Wir sollen getäuscht werden, Arthur Barclay weiß,
wo Ihr Sohn ist.“

„Heiliger Himmel!“
„Ich vermüthe es nämlich,“ sagte Helene mit plötzlicher
Zurückhaltung.

„Ich stehe ganz zu Ihren Diensten,“ erwiderte Mrs. Wirt-
low. „Ich habe nicht die geringsten Bedenken, eine Rolle
in dieser delikaten Angelegenheit zu übernehmen. Ich habe
genug freie Zeit hier, in der That, ich bin hier in London, um
mich zu verbergen.“

„Dann beobachten Sie ihn und lassen Sie mich so bald
als möglich wissen, was Sie herausbringen,“ sagte Helene, „wo
er gewesen, mit wem er verkehrt. Hier ist meine Adresse. Holen
Sie das Geld, wenn Sie Nachrichten bringen.“

„Tausend Dank, Mrs. Barclay, verlassen Sie sich auf
meine Zuverlässigkeit in dieser heiklen Sache. Ich bin Ihnen
aufs Tiefste verpflichtet.“

Er zog den Hut und verlor sich in den Schatten der
Straße. Mrs. Merrick faßte Helene's Arm fester.

„Was läßt Sie vermuten, daß Arthur Barclay weiß, wo
Valentin sich befindet?“ fragte sie.

„Ich will es Ihnen unterwegs mittheilen. Sie werden
meine Handlungsweise nicht tadeln, wenn ich mich geirrt haben
sollte?“

„Nein.“

„Ich habe ein Recht zum Argwohn, und dennoch habe ich
diesen Mann früher ungerecht verurtheilt,“ sagte Helene trübe.
„Jetzt wollen wir nach dem Temple gehen, Mama, wenn es
Sie nicht zu sehr ermüdet.“

„Nein, nein.“

„Ich weiß, daß ich keine Ruhe haben werde, bis ich ihn
gefunden,“ rief Helene, „und dann —“

Sie schwieg und Mrs. Merrick wiederholte ihre Worte.

„Und dann?“

„Und dann habe ich meine Rolle ausgespielt und trete vom
Schauplatz ab, ihn glücklich mit Ihnen und Flora Andison zurück-
lassend.“

53. Kapitel.

Arthur Barclay hatte Flora fast eine Stunde lang ver-
stohlen beobachtet, obgleich er sich mit Sir Charles unterhielt

und mit ihm eifrig eine kleine Karte der Schweiz studirte. Als
aber die Schatten auf Flora's Stirn zunahmen, schenkte Arthur
den Bemerkungen des Baronets weniger Aufmerksamkeit und
näherete sich endlich schüchtern und unbeholfen Miss Andison.

„Sie sehen zu schwarz,“ sagte er leise, „Sie geben sich
Ihren Befürchtungen zu sehr hin; welche Ursache haben Sie
denn, sich jetzt schon zu beunruhigen? Mr. Merrick ist ein
Geschäftsmann, gerade der Mann, zu dem man unverhofft schickt,
wenn wichtige Angelegenheiten seine Gegenwart nothwendig machen.
Es giebt hundert Gründe für sein Nichtkommen, aber keiner, der
Anlaß zur Unruhe geben könnte.“

„Sie nehmen also Theil an meinem Kummer?“ sagte sie
langsam.

„Ja.“

„Weshalb? Weil ich Ihre Freundin bin?“

„Die Freundin, die in ihrer eigenen sanften Weise mich
zu einem besseren Menschen gemacht hat,“ fügte er hinzu, „die mich
gelehrt, daß es nicht zu spät sei, achtungswürdig und geachtet zu
werden, die sich nicht vor mir gefürchtet und die, indem sie mir
vertraute, auch Andre dazu vermochte, mir zu trauen. Ja, Ihre
Freunden und Ihr Kummer sind auch die meinigen.“

Er sagte dies niedergeschlagen, halb zu sich selbst, die
Hände in einander verschränkt und den Blick auf den Teppich
geheftet.

(Fortsetzung folgt.)

Stadttheater.

Bosen, 19. April.

Zum Benefiz für Frä. Wally wurde gestern Donizetti's
„Regimentstochter“ gegeben. Der starke Besuch des Theaters,
der herzliche Empfang der Benefiziantin, die stellenweise stürmische
Begutachtung des Geleisteten und die Fülle blühender Aner-
kennung (wir zählten zwei Lorbeerkränze und 11 Bouquets)
bewiesen insgesammt die hohe Gunst, in der die junge Künstlerin
beim hiesigen Publikum steht und die diesen Abend zu einem
ganz speziellen Wally-Abende gestaltete. Die junge Dame hat
diese hohe Befriedigung im Verlaufe ihrer hiesigen Wirksamkeit
vielfach zu rechtfertigen verstanden; durch ihre frische muntere
Spielweise, ihre zwanglose Beherrschung der höheren Tonregister,
hat das eigentliche Koloraturfach in ihr stets eine belangreiche,
erfreuliche Repräsentantin gefunden, und wenn das zu bewäl-

tigende Repertoire ab und zu über das Grenzgebiet hinaus die
Dienste der Künstlerin beanspruchte, so bot doch jede dieser Lei-
stungen immerhin noch reiche Anhaltspunkte der Befriedigung
für den Hörer. Ihr mit verbankte Bizet's „Carmen“ die
dauernde Gulb, ihrer Rosine, Margarethe (Hugenotten), Isabella
(Robert), Mathilde (Tell), Zerline, Königin der Nacht u. diese
Opern theilweise mit ihrem Erfolg; wie die Lerche an ihren
Liedern, so kletterte sie an ihren hohen Tönen allmählig in
der Gunst der Besucher in die Höhe. Wie fast jede ihrer
Rollen innerhalb ihres Rahmens das Beispiel einer all-
mählig anwachsenden Steigerung ihrer Fähigkeiten bot, so war
es auch gestern namentlich dem dritten Akte (den ersten Akt
Donizetti's hatte man in zwei zergliedert) vorbehalten, die
stürmische Dankbarkeit während der beiden ersten zu rechtfertigen
und dem vorausgegangenen Schalkhaften und Geiternen auch noch
das musikalische Virtuose hinzuzufügen. Zwei Einlagen, das
„Scholied“ von Eckert und ein gesungener Walzer von
Benzano legten ein bereites Zeugniß von der eigentlichen
Kunstidomäne der Künstlerin ab und wußten als Schlußnummern
den Beifall des Publikums noch einmal anzuregen.

Von den übrigen Darstellern erwähnen wir Herrn Sieglitz
als Feldwebel Sulpir, der seinen Part ganz hübsch durchführte, aber
die Maske etwas älter hätte wählen können. Den Tonio sang Herr
Grüning, unser lyrischer und zur Zeit einziger Tenor. Frä.
Frey als Marchesa von Maggiorivoglio kam bei der mannig-
faltig angewandten Methode ihrer Verwendbarkeit gestern sogar
dazu, ab und zu auch mitsingen zu müssen; den alten Haushof-
meister spielte Herr Ketty. Die Chöre hatten ihre günstigen
Momente; auch gestern that sich der weibliche Chor wieder ent-
schieden hervor. Zur Verstärkung der Grenadiere war ein kleines
Aufgebot erlassen worden, und war der Stand würdig durch den
Stand vertreten. Das Orchester unter Herrn Musikdirektor
Engel's Leitung zeichnete sich namentlich beim Vortrag des
instrumentalen Zwischenspiels aus, gestern die Einleitung zum
dritten Akte. Trotz der überall üblichen und auch gestern hier
vorgenommenen Kürzungen dauerte die Aufführung wegen des
etwas ausführlichen und breiten Dialoges doch immer noch bis
1/11 Uhr.

Möge die sehr freundliche Aufnahme der Oper auch noch
ihr Nachspiel haben und ihre Wiederholung zu Gunsten des
Chorpersonals ein ebenso zahlreiches Auditorium vereinigen. th.

Das Geschäft einwirken und Besorgniß vor der Zukunft erwecken. Sollten diese Unterhandlungen zu keiner wesentlichen Reduzirung der provisorischen Sätze des neuen Zolltarifs, der auch Deutschland als meist begünstigter Nation gegenüber zur Geltung käme, führen, so würde nach Ansicht der Handelskammer vielen deutschen Ausfuhrartikeln der Markt in Frankreich versperrt werden. Erfreulich ist in diesen Auslassungen über unsere Handelsbeziehungen zu fremden Staaten auch das schärfste offiziöse Auge nicht finden können; sie lauten resignirt und liefern schon durch diese Grundstimmung eine Kritik der herrschenden Handelspolitik.

— Offiziös wird geschrieben: Um den Spar-sinn, namentlich unter den ärmeren Bevölkerungsklassen, anzuregen, hat man für die kommunalen Sparfassen die Einführung des sogenannten „Großchen-Sparsystems“ versucht, welches bereits seit längerer Zeit in England, in Sachsen, sowie in einigen süddeutschen Staaten besteht und dort zu einer erfreulichen Zunahme der Spar-Einlagen geführt hat. Dasselbe beruht auf der Einführung besonderer, den Postmarken ähnlicher Werthzeichen, welche die Sparfassen unter dem Namen Sparmarken in größeren Partien an Zigarrenhändler, Wirthe und ähnliche Gewerbetreibende gegen volle Werthzahlung ausgeben und welche bei diesen Jedermann leicht zugänglichen Verkaufsstellen mit 10 Pfennigen für das Stück, also ohne Aufschlag im Einzelnen zu haben sind. Zugleich werden entsprechende Spararten kostenfrei ausgegeben, auf welchen zehn leere zum Aufkleben der Sparmarken bestimmte Felder sind und der entsprechende leere Platz für den Namen des betreffenden Sparerers freigelassen ist. Darüber, ob dieser Name von dem Sparer selber oder von der die einzelne Spararte abzugebenden Verkaufsstelle einzutragen ist, weichen die verschiedenen Sparfassen-Einrichtungen von einander ab. Sobald es einem Sparer gelungen ist, die leeren zehn Felder mit je einer Sparmarke zu besetzen, wird ihm gegen Uebergabe der bezüglichen Karte bei der Sparfassen-Verwaltung, welche die letztere vermittelt durch Abschleßern der ausgeklebten Marken entwerfet, ein förmliches über eine Mark und auf seinen Namen lautendes Sparfassenbuch eingehändigt, dessen Betrag nunmehr, wie jede Sparfassen-Einlage, verzinslich ist. Auf dieses Buch können künftighin baare Einlagen gemacht oder weitere Nachzahlungen durch Beibringung mit zehn Sparmarken beliebiger Spararten bewirkt werden. An sich dürfte nicht zu verkennen sein, daß die Einführung des beschriebenen Sparmarken-Systems geeignet sein kann, auch die ganz unbemittelten Leute zum Sparen anzuregen und selbst das allergeringste Kapital für die Besitzer nutzbringend zu machen. Es wird also im Prinzip gewiß zu empfehlen sein, der Einbürgerung des Systems in Preußen nicht entgegenzutreten. Nur in der Beziehung findet noch nähere Erwägung statt, ob die Ausgabe solcher Sparmarken und Sparkarten, von welchen erstere das Stadtwappen zu enthalten pflegen, einer besonderen staatlichen Genehmigung bedarf. — In den Provinzen Posen, Schleswig-Holstein, Westfalen und Rheinprovinz sind während des vorigen Jahres vierwöchentliche Turnkurse für im Amte stehende Volksschullehrer nicht abgehalten worden. Dieselben sollen nun im laufenden Jahre stattfinden. Für die Einrichtung bleiben die früheren Anordnungen maßgebend. Der Kultusminister hat die Regierungen der genannten Provinzen beauftragt, das Weitere im Einvernehmen mit den Provinzial-Schulcollegien zu veranlassen.

— Seit längerer Zeit schwebt vor dem Landgericht zu Holzminden ein Prozeß, welchen der bekannte Agitator Pastor a. D. Grote gegen den General Vogel v. Falkenstein anhängig gemacht hatte, gerichtet auf Entschädigung wegen widerrechtlicher Verhaftung des Pastors Grote auf Bahnhof Kreienfeld am 21. August 1870. In diesem Prozesse stand am 14. April wiederum Termin an. Die Parteien beschränkten sich, nach Mittheilung im „Braunschweig. Tagebl.“ nur auf kurze Pönders, indem sie im Wesentlichen auf ihre früheren Ausführungen zurücktriften. Rechtsanwält Dr. jur. Dedeßind aus Wolfenbüttel, als Vertreter des Klägers, behauptet, daß der Beklagte seine Kompetenz als Generalgouverneur überschritten, indem er den Befehl gab, den Pastor Grote zu verhaften, es sei, wo es wolle. Weber besand sich der dem General Vogel von Falkenstein unterstellte Bezirk im flagranten Kriegszustande, noch waren die Paragrafen des braunschweigischen Landgrundgesetzes, welche Sicherheit der Person und des Eigenthums gewährleisten, außer Kraft gesetzt, noch auch wurde Grote dem ordentlichen Gerichts vorgeführt, sondern aus dem Militairgebietsamt zu Hannover, wohin er zunächst gebracht worden, sofort nach der Festung Lützen transportirt. Der Rechtsanwält D. behauptet, der General sei persönlich haßbar und entschädigungs-

pflichtig und führt die einzelnen Posten der verlangten Entschädigungssumme auf, welche sich im Ganzen auf 6300 Mk. beziffert. Der Vertreter der verklagten Partei, Rechtsanwält Dr. jur. Witting-Holz-minden, verliert die von der Gegenpartei dem General Vogel von Falkenstein zur Last gelegten Momente zu entkräften, bestreitet, daß sein Client den Befehl zu Grote's Verhaftung in der Form, wie von der klägerischen Partei behauptet wird, gegeben habe (der Befehl ist im Originale nicht mehr bei der Kommandantur von 1870 zu finden und verweigert das preussische Kriegsministerium die Herausgabe bezüglicher Akten zur event. Ansicht, ist im Uebrigen jedoch zur Angabe etwaiger gewünschter Mittheilungen aus den betr. Akten bereit), bestreitet ferner, daß der General davon Kenntniß gehabt, daß der Pastor G. in Kreienfeld auf braunschweigischem Territorium verhaftet sei, begnügt sonstigen von dem Kläger gemachten Einwürfen mit Nichtwissen und beantragt Abweisung des Klägers. Nach kurzer Berathung verkündet der Präsident des Gerichtes, daß der Umfanglichkeit der Sache wegen das Urtheil heute nicht gefällt werden könne und setzt den Tag der Publikation auf den 28. April fest.

Oesterreich.

Wien, 15. April. [Die Donaufrage] scheint jetzt endlich in den Fluß zu kommen. Die „N. Fr. Presse“ schreibt: „Die französische Regierung hat heute den Barrereischen Vorschlag zur Lösung der Donaufrage sämmtlichen beteiligten Mächten und auch Rumänien notifizirt. Man giebt sich in den politischen Kreisen der Hoffnung hin, daß alle in der internationalen Donauf Kommission vertretenen Regierungen und insbesondere auch das Petersburger Kabinett dem Vorschlage zustimmen werden. Selbst von seiten der rumänischen Regierung erwartet man keine prinzipielle Opposition. In dieser Beziehung ist es gewiß von Bedeutung, daß die rumänische Regierung, wie uns aus Bukarest gemeldet wird, sich sehr entschieden gegen die Auffassung verwehrt, daß der „Romanul“ irgend eine Berechtigung habe, im Namen der Regierung des Königs Karol zu sprechen. Der „Romanul“ sei nicht mehr das Organ des Bukarester Kabinetts und die von diesem Blatte ausgesprochenen Ansichten seien lediglich auf die Privatmeinungen des Eigentümers desselben, des Herrn Rosetti, zurückzuführen, der, da er weder Minister, noch Kammerpräsident ist, nur in seinem eigenen und durchaus nicht im Namen der Regierung oder der Volksvertretung sprechen könne. Rumänien sei daher auch durchaus nicht abgeneigt, sowohl die Institution der gemischten Kommission, als auch den Vorsitz Oesterreichs in derselben und die Delegation eines Mitgliedes der europäischen Kommission in die Kommission mit zu acceptiren. Die rumänische Regierung wolle dieser Kommission auch das Recht der strengsten und genauesten Kontrolle bezüglich der Ausführung des Reglements und der Beschlüsse der europäischen Kommission einräumen und beanspruche nur, daß in dem Flußbereiche ihres Territoriums sowohl das Reglement als auch die Kommissionsbeschlüsse durch ihre eigenen Organe ausgeführt werden mögen. Die rumänische Regierung werde daher der europäischen Kommission ein Amendement zur Wahrung des Exekutivrechtes der Uferstaaten vorlegen.“

[Papierrente.] Das Ergebnis der am 13. d. erfolgten Eröffnung der Angebote auf die Uebernahme der zur Emission gelangenden neuen österreich. Papierrente hat, wie dem „Schwäb. Merkur“ gemeldet wird, das Interesse gerechtfertigt, welches dieser Konkurrenz entgegengebracht worden. Der Erfolg war ein für den Finanzminister überaus günstiger, denn der Minimalkurs, welchen er festgesetzt hatte und von welchem er auch nach Eröffnung der Angebote den Konkurrenten Mittheilung machte, — er belief sich auf 92, — ist von der Ersteherin, der Kreditanstalt, um 1/3 pCt. überschritten worden, während bekanntlich die andern Konkurrenten mit ihren Angeboten um 1, ja bis 2 pCt. hinter

sich erinnern, daß sie nicht gekämpft hatten für eine Republik, nicht für irgend welches bestimmte Regierungssystem, sondern nur um die Abhängigkeit von Großbritannien abzuwerfen. Ein großer Theil des Volkes hatte in Wahrheit Sympathien für die Monarchie; die Grundbesitzer im Allgemeinen waren monarchisch gesinnt, sie sind, was eine Veränderung der öffentlichen Institutionen anlangt, stets die Langsamsten; sie lieben keine Veränderungen. Auch die militärische Organisation ist immer der aristokratischen Ordnung hold. Die Theorien und Prinzipien Beider sind gleich.

Alles dies verstand Washington sehr wohl. Er konnte nicht unbekannt bleiben mit der unter seinen Offizieren herrschenden Gesinnung, und sein erwählter Brief zeigt, daß er auch das Mißbehagen und den Verdruß der Mannschaf kannte und theilte. Und er selbst war ein Repräsentant der besitzenden Klasse, aus der auch viele seiner Offiziere entsprungen waren.

Als Ergebnis vieler Verhandlungen unter den Offizieren wurde beschloffen, Washington zum Diktator zu erklären mit der Absicht, ihn schließlich zum König zu machen. Ein diesen Entschluß verkündendes Schreiben wurde aufgesetzt, und Oberst Nicola, ein von Washington sehr geschätzter Offizier, es diesem zu überreichen beauftragt. Das Schreiben war mit großer Ueberlegung ausgearbeitet worden und kam nach Erörterung verschiedener Regierungsformen zu dem Schlusse, daß die neue Republik die unbeständigste und unsicherste sei. Eine konstitutionelle Monarchie, wie die Englands, verdiene die meiste Gunst. Schließlich wurde Washington der Platz an der Spitze einer solchen Regierung angeboten, mit dem Titel eines Protektors oder dem ähnlich. Das Volksvorurtheil gegen den Namen „König“ würde für jetzt die Annahme dieses Titels verhindern, aber schließlich sollte derselbe angenommen werden.

Wie nahm Washington dieses Anerbieten einer Krone auf? „Die ängstliche Spannung und der Schmerz“, sagt ein Bericht-erstatt r, „die sich, indem er einen nach dem anderen der Erörterungsgegenstände des Schreibens durchging, tiefer und tiefer auf seinem Gesicht ausgedrückt hatten, nahmen allmählich einen ernsteren Anstrich an; aber als er an das Anerbieten, ihn zum König zu machen, kam, flammten sie in schrecklichem Lichte auf, und er rief aus:

„Mein Herr, mit einer Mischung von Erstaunen und Erschrecken habe ich aufmerksam die Meinungen, die Sie mir zur

diesem Minimalkurs zurückblieben. Die österreichische Rente wird diesmal zu dem höchsten Kurse, zu welchem bisher, Renten hier begeben worden, an den Mann gebracht, und die Zinsenlast, welche für den Staat erwächst, ist die niedrigste, die sich bisher für den Staat bei einer Anlehensaufnahme ergeben hat, nämlich nur 5,43 pCt. Es liegt in alldem jedenfalls der Beweis, daß der österreichische Staatskredit sich gebessert hat, und daß die Besorgnisse, welche auf finanziellem Gebiete, theils in Folge der politischen Lage, theils in Folge der Vontourkatastrophe, erwachsen sind, überwunden erscheinen. Dadurch, daß die Kreditanstalt, welche allerdings mit Rücksicht auf ihr großes Rententorrens-unternehmen ein großes Interesse daran hatte, das gesammte österreichische und ungarische Rentengeschäft in ihre Hand zu bekommen, Ersteherin geblieben, wofür sie allerdings ein Uebrig-gehan haben mag, gewinnt das Ergebnis der Angebotverhandlung noch nach anderer Richtung hin eine gewisse Bedeutung, denn es ist hierdurch die Kreditanstalt wieder der Bankier der Regierung geworden, während bekanntlich die Gründung der Länderbank gerade den Zweck hatte, der erwähnten mächtigen Finanzgruppe Konkurrenz zu machen. Der Vortheil aus dieser auf solche Weise beschaffenen Konkurrenz zieht allerdings der Staat und deshalb läßt sich auch vom rein staatlichen Standpunkt nichts dagegen einwenden, daß diese Konkurrenz hervorgerufen worden.

Großbritannien und Irland.

London, 17. April. [Bradlaugh] theilt in den Blättern mit, daß die Nationalliga zur Vertheidigung der konstitutionellen Rechte am 10. Mai in London zwei öffentliche Versammlungen abhalten werde, um gegen das ungesetzliche und verfassungswidrige Verfahren der Mehrheit des Unterhauses, die ihm die Einnahme seines Sitzes verweigerte und dadurch das Wahlrecht Northampton's beeinträchtigte, Widerspruch einzulegen. Die erste Versammlung wird in Trafalgar Square, die zweite in der St. James-Halle stattfinden und es werden Abgeordnete von Northampton und anderen Theilen des Landes, sowie eine Anzahl radikaler Parlamentsmitglieder an beiden Versammlungen theilnehmen. Am 15. Mai wird in Hyde Park eine große Kundgebung zu Gunsten Bradlaugh's stattfinden, der unlängst in einer Versammlung zu Greenwich erklärte, daß er demnächst seinen Sitz im Unterhause einzunehmen beabsichtige, sich jedoch hüten wolle, dem Parlament vorher mitzutheilen, wann er das thun werde.

Dublin, 16. April. [Die irische Nationalausstellung] wird nach dem offiziellen Programm am 10. August d. J. in Dublin eröffnet werden. Dieselbe umfaßt 6 Klassen, und zwar: irische Rohstoffe, irische Manufakturen, für irische Industrie geeignete Maschinenprodukte der irischen Hausindustrie, irische Kunstprodukte und eine Sammlung von irischen Gemälden, Skulpturen, ferner Wagen, Porzellan, Gold- und Silberwaaren, Spitzen, Stickerien, Alterthümer zc. Englische Erzeugnisse sind gänzlich ausgeschlossen, der nationale Charakter der Ausstellung soll in jeder Beziehung gewahrt werden.

Rußland und Polen.

[General Ignatjew] setzt als Minister des Innern den von Stobjelew gepredigten Kreuzzug gegen die Deutschen mit allem Ernst in Scene. Das Gerücht, wonach alle in Rußland über fünf Jahre ansässigen Deutschen sich naturalisiren lassen sollten, wurde, nachdem er seine Dienste als Führer gethan, mit großem Aufwand fittlicher Entrüstung demontirt. Nunmehr bringt der „Herold“ eine Mittheilung, welche

Einsicht vorgelegt, durchlesen. Seien Sie versichert, mein Herr, daß mir im Verlaufe des ganzen Krieges kein Ereigniß peinlicher Empfindungen erregt hat, als die Erfahrung, daß solche Ideen, wie Sie sie ausgedrückt haben, in der Armee gehegt werden, Ideen, auf die ich mit Abscheu blicke und die ich mit Strenge zurückweisen muß. Ich bin außer Stande, zu greifen, welches Gebahren meinerseits ermutigt haben könnte zu einer Adresse der Art, welche für mich das größte Unheil zu enthalten scheint, das unser Vaterland treffen könnte. Wenn ich mich nicht in der Kenntniß meiner selbst vollständig täusche, so hätten Sie keine Person finden können, welcher Ihre Pläne unangenehmer wären als mir. Lassen Sie mich deshalb Sie beschwören, wenn Sie irgend eine Rücksicht für Ihr Land, für sich selbst oder die Nachwelt oder irgend welche Achtung für mich haben, diese Gedanken aus Ihrem Gemüthe zu verbannen!

Diese edle und patriotische Rede machte dem Plane, Washington zum Könige zu machen und hier eine erbliche Monarchie anstatt einer Republik zu begründen, mit einem Male ein Ende. Aber den Unbilden, die das Heer erlitt, wurde vom Kongreß nicht abgeholfen, und die Unzufriedenheit wurde lauter und lauter. Drohungen, den Kongreß mit Gewalt zu stürzen, waren in allen Lagern um Newburgh zu hören. Die Nothwendigkeit für die Armee sich der Regierung zu bemächtigen, war ein Lieblingssthema der Besprechung. Schließlich wurde, um dem entsprechend zu handeln, eine Versammlung der Offiziere berufen. Hier wieder war es Washingtons Einfluß, der den Sturm beruhigte und der Katastrophe vorbeugte. Er wohnte der Versammlung bei, und in der Rede, die er da hielt, erklärte er seinen Offizieren, daß der Urheber des Vorschlags, die Waffen gegen den Kongreß zu wenden, für den Untergang Beider konplotirte. Der Vorschlag unterlag und die Versammlung vertagte sich nach Annahme eines Vertrauens-Votums für Washington. Nicht lange darauf wurde der Friede erklärt, die Armee wurde friedlich aufgelöst und eine Jubelfeier im Lande veranstaltet.

Diese ebenso glücklichen wie folgenreichen geschichtlichen Ereignisse sollen im Jahre 1883 in Newburgh feierlich begangen werden.

(Danz. Ztg.)

Eine neue Säcularfeier in den Vereinigten Staaten

wird für das nächste Jahr von der Stadt Newburgh — im Staate Newyork am rechten Ufer des Hudson zwischen den Städten Newyork und Albany gelegen — vorbereitet. Es handelt sich um die nach Beendigung des Unabhängigkeitskrieges im Jahre 1783 erfolgte Auflösung der Vereinigten Staatenarmee, an welche sich eine That George Washington's knüpft, die als eines der reinsten Beispiele hochherziger Vaterlandsliebe aus der gesammten Geschichte hervorleuchtet und ganz besonders auf die in der modernen Welt vorherrschende Verquickung von staatsmännischer Größe und niedriger Ehrsucht und Geldsucht ein scharf charakteristisches Licht wirft.

Nach dem Siege bei Yorktown hatte Washington sein Hauptquartier nach Newburgh am Hudson verlegt und blieb dort 1 1/2 Jahre. Burgoyne's Armee war im Norden aufgerieben worden, im Süden hatte sich Cornwallis ergeben, Clinton war in Newyork eingeschloffen, wo er von Washington scharf beobachtet wurde. Im Verlauf der Zeit wurde es immer deutlicher, daß der Krieg vorbei und der Friede nahe sei, und daß die Patrioten neuen Gefahren entgegengingen, welche die dauernde Gründung einer selbstständigen Regierung begleitete würden. Die Armee war voll Mißtrauen und Haß gegen den Kongreß, der sie fortwährend vernachlässigt und sich durch behauptetes korruptes Verfahren verhaßt gemacht hatte. Washington schrieb an den Kriegsssekretär wie folgt: „Die Geduld und das lange Ertragen der Armee sind fast erschöpft. Was würde geschehen, wenn die Truppen in diesem Zustande der Gereiztheit entlassen werden sollten? verbittert durch Geldmangel, und was sie die Unbankbarkeit des Publikums nennen, in Schulden gestürzt, ohne einen Heller nun zu bezahlen, nachdem sie die Blüthe ihres Lebens geopfert, und Viele von ihnen ihr Privatvermögen, um die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Vaterlandes festzustellen! „Wenn ich“, fuhr er fort, „diese aufregenden Umstände erwäge, kann ich nicht umhin zu fürchten, daß eine Reihe von Uebeln sehr ernster und störender Natur folgen werde.“

Die Armee war in der That rasch zum Aufstand gegen den Kongreß. Offiziere von hohem Range hielten nächtliche Zusammenkünfte, um über die Regierungsform zu berathen, die nach Sicherung des Friedens angenommen werden sollte. Man muß

die Vermuthung nahe legt, als ob der Minister des Innern auf Umwegen das durch jenes Gerücht angedeutete Ziel zu erreichen suche. Das genannte petersburger Blatt schreibt:

Es wird uns von vielen Seiten übereinstimmend mitgeteilt, daß seit etwa 10 Tagen das hiesige, dem Oberpolizeimeister resp. dem Ministerium des Innern unterstehende Polizeibureau den ausländischen Deutschen mit der Umwechslung des jährlich zu erneuernden Passes Schwierigkeiten mache. Die genannte Behörde ertheilt jetzt keine neuen Pässe mehr auf Grund des abgelaufenen und auf Vorlegung von Matrizen des deutschen Konsulats und des deutschen Heimathscheines, welche Papiere bisher zur Legitimation für genügend halten, sie verlangt vielmehr die Vorzeigung des Originalpasse resp. des Wanderbuchs, mit dem die Deutschen und sei es vor 60 Jahren ins Land gekommen sind. Da nun diese längst abgelaufenen und völlig nutzlos gewordenen Papiere vielfach nicht mehr im Besitze der betreffenden Personen sind, die großjährig gewordenen Söhne und Töchter der letzteren aber vielleicht niemals Deutschland gesehen und demnach dergleichen Dokumente nie gehabt haben, so wird entweder die Erlangung dieser Leute bedroht oder doch zum mindesten ein großer Wirrwarr angerichtet. Wir meinen, die Maßregel bedürfte schleunigst der Rektifizierung, wenn sie nicht sehr ernste Konsequenzen nach sich ziehen und nothwendig zu Verwickelungen mit dem Nachbarreiche Deutschland führen soll.

[Die Nachricht von der beabsichtigten Ernennung des Grafen Ignatjew zum Votschafter in Paris,] gegen deren Richtigkeit schon mehrfach begründete Zweifel geltend gemacht wurden, will immer noch nicht zur Ruhe kommen. Von ihrem Spezialkorrespondenten in Petersburg erhielt die „Nat.-Ztg.“ ein Privattelegramm, welches meldet, daß in dortigen diplomatischen Kreisen das Gerücht kolportirt werde, die russische Regierung sende in Paris, wie man dort die eventuelle Ernennung Ignatjew's zum Votschafter aufnehmen werde.

[Die Entdeckung einer Mine] bei der Bahnstation Spirowo vor Moskau wird der „N. fr. Presse“ von authentischer Seite bestätigt. Es könne keinen Zweifel mehr unterliegen, daß in Moskau ein höllisches Werk vorbereitet wurde. Die Hauptführer der Revolutionäre hatten sich dort zusammengefunden: Bogdanowitsch, Stefanowitsch und der todt geglaubte Deutsch. Stefanowitsch stand zur Zeit seiner Verhaftung im Dienste des moskauer Ausstellungenkomites.

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 19. April. Der „Regierungsbote“ bringt ausführliche Mittheilungen über die Judenexzesse in Beresnegowatoie, Missunks, Dubossary, Letitschewo, Dobroe und Karpowitsch. Die Ausschreitungen beschränkten sich auf Demolirung von Häusern, Läden und Schänken. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, ein Jude wurde tödtlich verwundet. Maßregeln zur Unterdrückung der Unruhen wurden sofort getroffen. (Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 19. April, Abends 7 Uhr.

Das Abgeordnetenhaus erledigte eine lange Reihe von Petitionen nach unterhebllicher Debatte fast durchweg nach den Kommissionsanträgen.

Dem Landtage wird noch eine Vorlage über die Vertretung des Lauenburgischen Landes-Kommunalverbandes gemacht werden.

Die „Provinzial-Correspondenz“ faßt am Schlusse eines „Die parlamentarische Aufgabe“ betitelten Artikels bezüglich der kirchenpolitischen Vorlage, zu welcher, resp. zu den Vorschlägen des Abgeordnetenhauses das Herrenhaus noch sein Wort zu sprechen habe: Möchten alle Stellen, von deren Mitwirkung das Gelingen abhängt, von demselben Gesichtspunkte wie die Regierung sich leiten lassen, nämlich unter Aufrechterhaltung der für den Staat unbedingt nothwendigen Befugnis der katholischen Bevölkerung Preußens soviel Erleichterung für die Befriedigung des religiösen Bedürfnisses als vorläufig möglich zu verschaffen und dadurch den dauernden kirchlichen Frieden zu fördern.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die 5. Nummer der im Verlage von Walthers & Apolant in Berlin W. erscheinenden „Politische Wochenschrift“ enthält: Klöppel (Vena): Das kirchenpolitische Kompromiß. Dehn (Wien): Der korporative Hilfskassenzwang. Putlis: Die Tabakinteressen für das Monopol. Delbrück: Das Beamtenhum bei den Wahlen. II. v. Waltershausen (Göttingen): Die bedeutendste Arbeiterorganisation in den Vereinigten Staaten von Amerika. II. Sozialpolitische Korrespondenz: I. Die jetzige Tabakbesteuerung in Deutschland. II. Das Tabakmonopol und die Landwirtschaft. Aus der Woche. Aufschrift an die Redaktion: Zur „geistigen und sittlichen Kraft der Sozialdemokratie“.

* Rom in Wort und Bild. Eine Schilderung der ewigen Stadt und der Campagna von Dr. phil. Rud. Kleinpaul. Mit 368 Illustrationen. 15. u. 16. Lieferung à 1 Mark. (Leipzig, Schmidt & Günther.) Nachdem mit dem 12. Hefte die interessante Schilderung des altchristlichen Rom begonnen mit den ältesten Kirchen Roms, führt uns jetzt der Verfasser in die Kataomben der heil. Priscilla, wo wir die allerälteste Darstellung der Mutter Gottes sehen, im Werke befindet sich eine gute Abbildung dieses alten Frescogemäldes. Darauf gehen wir in die schöne Basilica S. Paolo, eine der wichtigsten Kirchen Roms, von dort nach S. Maria in Cosmedin und beendigen diesen Spaziergang in der hochinteressanten Basilica San Clemente.

* Dr. W. Kriebel, Rektor der II. Stadtschule in Posen Ausgangspunkte und Ziele des geometrischen Unterrichts in der mehrlässigen Volksschule — Posen 1882 — Joseph Solomits. — Kartonnirt 60 Pfg. 47 Seiten kl. Octav. Das Werkchen ist, wie wir vernehmen, in den Kreisen für welche es bestimmt ist, mit Wohlwollen aufgenommen und nicht ungünstig beurtheilt worden. Wir empfehlen dasselbe also den betr. Lehrern zur eingehenden Durchsicht und Prüfung in sachlicher und formaler Hinsicht, für welche unser Blatt keinen Beruf haben dürfte.

— Auszug aus dem Protokoll der Handelskammer. Aus den Protokollen der jüngst stattgehabten Sitzungen der Handelskammer ist Folgendes zu entnehmen: Das Königl. Hauptsteueramt hieselbst hatte an die Handelskammer die Anfrage gerichtet, ob es sich empfehle, für diejenigen Handelsplätze, welche bei der Anwendung der Tarifnummer 4 des Reichsstempelsteuergesetzes vom 1. Juli v. J. in erheblichem Maße interessiert sind, durch eine Publikation der Provinzialsteuerbehörde die Ortschaften bekannt zu machen, welche innerhalb der in der Befreiung No. 3 zur Tarifnummer 4 bezeichneten Entfernungslinie liegen. Es ist darauf erwidert worden, daß die in Rede stehende Veröffentlichung von dem an diesseitigen Geschäftsverkehr beteiligten Publikum gern akzeptirt werden würde, weil damit einer gegenwärtig etwa bestehenden Ungewißheit über Stempelsteuerverpflichtung oder Stempelsteuerfreiheit nach einer Seite hin vorgebeugt würde. Was die weiter gestellte Frage betrifft, ob das Bedürfnis zu einer solchen Maßregel für Posen bislang hervorgetreten sei, so hat die Handelskammer darauf hingewiesen, daß das Reichsstempelsteuergesetz vom 1. Juli v. J., welches bei der Reichhaltigkeit der ihm zu subsummanden Fälle nur die Grundzüge der Besteuerung aufzufüllen vermochte, eine große Zahl der bei seiner Handhabung sich ergebenden Fragen unbeantwortet gelassen hat und daß somit die Unsicherheit, welche in vorliegendem Falle beseitigt werden soll, unter den zahlreichen übrigen durch das Gesetz hervorgerufenen praktischen Schwierigkeiten — und diese sind zum Theil recht erheblich — einigermassen verschwindet. Aus dem Grunde ist wohl das Bedürfnis zu einer Maßnahme, wie sie nach der Zuschrift des Hauptsteueramts in Aussicht genommen ist, weniger häufig in Form von Beschwerden der Interessenten in die äußere Erscheinung getreten. Inbezug läßt sich annehmen, daß die Fälle, in welchen die vom Reichsstempelsteuergesetz zur Tarifnummer 4 sub 3 vorgegebene differentielle Behandlung der Briefe über dem Schlußnotenstempel unterliegende Geschäfte praktische Bedeutung erlangt, auch an unserem Platze eine die Zweckmäßigkeit der betreffenden Maßregel durchaus beweisende Zahl erreichen.

Seitens mehrerer Bahnverwaltungen ist die Handelskammer um Auskunft darüber ersucht worden, welche Quanten von Waaren in den Jahren 1879, 80 und 81 von Posen nach Rußland bezw. Moskau exportirt worden sind. Die betreffenden statistischen Daten, deren Erlangung mit Schwierigkeit verknüpft ist, sind den Bahnverwaltungen zu einem Theile und unter dem Vorbehalt der Vervollständigung übermittelt worden.

Die Frage des Einflusses der Verstaatlichung auf die Leistungen und Tarife im Eisenbahn-Güterverkehr ist im Kollegium zur Erörterung gestellt und zur eingehenden Behandlung an die Verkehrscommission verwiesen worden.

Durch Beschluß der Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen vom 15. Dezember v. J. ist die Vorschrift über die Tarification von als Stückgut verfrachteten Wollen abgeändert worden. Dementprechend ist in den am 15. d. Mts. in Kraft getretenen Nachtrag I. zum deutschen Eisenbahngütertarif Theil I. folgende Bestimmung aufgenommen worden:

„Wolle, gewaschene, unterliegt dem Sperrigkeitszuschlag nur dann nicht, wenn die Aufgabe in Ballen runder oder zylinderförmiger Form von mindestens 100 Kg. Einzelgewicht, oder oder wenn sie in rechtwinkligen Ballen erfolgt.“

Diese Tarifänderung deckt sich mit dem von der Handelskammer für die letzte Breslauer Eisenbahnkonferenz vom 19. November v. J. eingebrachten und daselbst auch angenommenen Antrage.

Die Aufforderung der Handelskammer zu Hanau, ihren Bestrebungen zur Abwendung des Tabakmonopols beizutreten, erledigt sich durch das Votum des preussischen Volkswirtschaftsraths vom 21. vorigen Monats.

Der Mittelrheinische Fabrikantenverein übersendet Abdruck einer von ihm an das Haus der Abgeordneten gerichteten Petition betreffend die Einsetzung von Bezirksbahnräthen und eines Landesbahnrathes für die Staatsbahnenverwaltung, mit dem Ersuchen um Unterstützung der Eingabe.

Die in derselben aufgestellten Gesichtspunkte stimmen im Allgemeinen mit den Forderungen überein, welche bezüglich des in Rede stehenden Gegenstandes die Handelskammer in ihrem Jahresbericht pro 1880 (S. 35 bis 40) erhoben hat. Es wird davon abgesehen, den Weg der Petition zu beschreiten (ohne Präjudiz indeß für künftige Beschlüsse).

Die nächste ordentliche Konferenz der königlichen Direktion der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft mit Delegirten der wirtschaftlichen Korporationen ihres Bahnbereichs findet am 13. Mai d. J. statt. Anträge für die Tagesordnung der Konferenz sind bis zum 29. d. Mts. bei der königlichen Direktion der Oberschlesischen Bahn einzureichen.

* Zum Vorsitzenden für die am 4. Mai beginnende Schwurgerichtsperiode ist Herr Landgerichtsrath Hausleutner ernannt worden. Die Auslosung der Hauptgeschworenen hat bereits stattgefunden.

v. Das Direktorium des Lehrers-Sterbekassenvereins fordert in seiner jüngsten Zahlungsaufforderung die Nebenrentanten auf, die neu angestellten jungen Lehrer auf obiges Institut hinzuweisen. Im Anschluß daran geht derselbe folgende Mittheilung: „Der Verein ist billiger als jede Lebensversicherungs-Gesellschaft. Es werden seit sieben Jahren an die Hinterbliebenen der verstorbenen Vereinsmitglieder für jeden Fall 750 Mark gezahlt. In dieser Zeit sind 212 Mitglieder gestorben. Diese Zahl ergibt durchschnittlich ca. 30 Sterbefälle pro anno und bei einer Mitgliederzahl von ca. 2000 einen Prozentsatz von 1 1/2 der Vereinsmitglieder. Da aber für jeden Sterbefall 50 Pf. Beitrag zu zahlen sind, so hätte jedes Vereinsmitglied jährlich 212 x 50 Pf. = 106 M. in 7 Jahren zahlen müssen. Es konnten den Mitgliedern indeß in dieser Zeit die Beiträge für 44 Sterbefälle erlassen werden, so daß also jedes derselben thatsächlich nur die Beiträge für 168 Sterbefälle à 50 Pf. pro Sterbefall = 84 Mark gezahlt hat. Hieraus folgt, daß der Jahresbeitrag bei 750 Mark Versicherungssumme durchschnittlich nur 12 Mark pro Jahr betragen hat, und daß daher für jede 100 Mark Versicherungssumme nur ein Beitrag von 1,60 Mark gezahlt worden ist. — Dieser für 100 Mark Versicherungssumme gezahlte Beitrag von 1,60 M. würde sich noch niedriger gestellt haben, wenn das Direktorium in den letzten 2 Jahren nicht bemüht gewesen wäre, den Reservefonds von 15,000 M. auf 30,000 M. zu erhöhen. Derselbe beträgt gegenwärtig 28,000 M. und wird voraussichtlich bis zum 30. Juni cr. auf volle 30,000 M. gebracht sein. Es dürfte dann auch die bereits von den hohen Ministerien genehmigte Erhöhung der Versicherungssumme auf 900 M. erfolgen können; natürlich nur dann, wenn bis dahin sämtliche Reste für die Zahlungsaufforderung Nr. 3, sowie die Beiträge für die Zahlungsaufforderung Nr. 4 von den Nebenrentanten bis dahin eingehen.“

— Stadttheater. Die Saison neigt sich ihrem Ende zu und in wenigen Wochen wird die Schaar der Künstler, die uns manchen langen Winterabend erheitert und verkürzt, nach allen Richtungen der Windrose auseinander gestoben sein. Da mag es denn für Viele erwünscht sein, den verdienten Mitgliedern des Stadttheaters vor deren Scheiden einen besonderen Beweis ihrer Anerkennung zu geben. Eine Gelegenheit zu dergleichen Kundgebungen bietet sich jetzt in den Benefizien, deren Aera schon begonnen hat. Für den nächsten Sonnabend hat die Direktion zwei Mitglieder unserer Bühne eine Benefiz bewilligt: Frä. Agnes Sorma und Herrn Max Engelsdorff. Die Erstere hat durch die poesie- und reizvolle Darstellung naiver Mädchencharaktere die Gunst des Publikums von ihrem ersten Auftreten an erworben, und es ist anzunehmen, daß dieses durch einen recht lebhaften Besuch der Sonnabend-Vorstellung dokumentirt wird. Herr Engelsdorff, der an dem hiesigen Kunstinstitut zwei Saisons hindurch tätig war, wird

gleichfalls zugkräftig sich erweisen. Zur Darstellung kommt am Sonnabend das Lustspiel der Frau von Hillern: „Die Augen der Liebe“, das vor zwei Jahren die Hände über alle großen Bühnen und überall mit einem sehr bedeutenden Erfolg gemacht hat. Frä. Sorma spielt die Comtesse Frä. eine der reizendsten Rollen dieses Genres, und Herr Engelsdorff den Hahnen-Deutnant Baron Maroly, gleichfalls eine der wirkungsvollsten Rollen, in denen der Benefiziant an anderen Orten vielen Beifall errang. Herr Sürgenien hat die überaus interessante Rolle des Grafen Brunned übernommen.

— Für die nächste Turnlehrerinnenprüfung hat der Herr Kultusminister nach Maßgabe des Reglements vom 21. August 1875 (Zentralblatt f. d. Unterrichtsverwaltung S. 59) am 22. f. M. in Berlin Termin angesetzt. Meldungen von im Lehramt stehenden Bewerberinnen sind durch die vorgelegte Dienststelle innerhalb 5 Wochen, Meldungen anderer Bewerberinnen dagegen sind direkt innerhalb 3 Wochen einzureichen.

V. Petition, betreffend Einführung der Gesindebücher. Der Döbriener landwirthschaftliche Kreisverein ist bei dem landwirthschaftlichen Hauptverein im Regierungsbezirk Posen dahin vorstellig geworden, daß dieser in geeigneter Weise und an maßgebender Stelle hinwirken solle: 1) auf allgemeinere Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen, betreffend die Einführung der Gesindebücher; 2) darauf, daß die Einführung der Gesindebücher auch auf die kontraktlichen Leute, die sogenannten Komornits und Matteier, ausgedehnt werde, endlich 3) daß die Nichtbeachtung der Vorschriften wegen der Gesindebücher — sowohl der bestehenden für das Gesinde im engeren Sinne, als auch der herbeizuführenden diesbezüglichen Vorschriften für die kontraktlichen Leute — auch für die Dienstherren durch eine Strafe gestellt werde.

V. Eisenbahn für den Oberschlesischen Bergbau- und Hüttenbetrieb. Ein Konsortium schlesischer Großgrundbesitzer und Industrieller beabsichtigt den Bau einer Eisenbahn, welche von Breslau in das obereschlesische Berg- und Hüttenrevier führen und lediglich dem Massenverkehr dienen soll. Die Bahn soll von einem der Breslauer Bahnhöfe aus zunächst nach Beuthen gehen, wo die Anlegung eines Sammelbahnhofs projektiert ist. Von dort sollen dann zahlreiche Schienenstränge der verschiedenen Gruben etc. und die bereits vorhandenen Eisenbahnlinien mit der neuen Bahn verbinden.

r. Ingeverspätung. Der Personenzug von Deutschen verspätete sich gestern Nachmittag um 15 Minuten.

r. 50 Reservisten und Landwehnmänner vom 5. Fuß-Artillerie-Regiment sind gestern von hier nach Glogau zu den Schießübungen gefahren.

r. Die Passage am Berliner Thor war gestern wiederholt gehemmt, weil Fuhrwerke in unvorzüglicher Weise in die Aufgrabungen, welche durch die Pflosterarbeiten zwischen den Pferdebahngleisen vorgenommen werden müssen, hineinfuhren.

r. Gegen 40 Europamüde aus der Provinz passirten gestern wieder den hiesigen Bahnhof, um sich nach Amerika zu begeben.

r. Verloren wurde auf dem Wege vom Alten Markte nach der Großen Gerberstraße ein Portemonnaie, in welchem sich ein Schlüsselchen und ein Zehnmarkstück befand; auf dem Wege von der Dominikanerstraße nach der Krämerstraße ein schwarzes Portemonnaie mit ca. 3 Mark Inhalt und verschiedenen Visitenkarten; auf dem Wege von der Großen Gerberstraße nach der Bergstraße eine runde in Gold gefasste Brosche mit schwarzer Emaille; auf der Wilhelmstraße ein Diamantring in Silberfassung gegen 200 Mark werth; auf dem Wege von den Glacis hinter dem Wildthor nach der Wilhelmstraße eine silberne Zylinderuhr mit Talmillette; auf dem Wege nach dem alten Bahnhofe eine Reihe Granaten in Gold gefast mit kleiner Kette.

r. Gefunden wurde auf der Chaussee von Winiary nach Posen ein Sacl Roggenmehl; auf dem Neustädtischen Markt zwei mittelgroße Schlüssel; auf dem Alten Markte ein schwarzer Fellethawl in Papier eingewickelt; in der Wallstraße ein Portemonnaie mit 1,80 M. Inhalt; auf der Jersper Chaussee ein Ferkel, und endlich auf der Hinter-Wallstraße ein gelbes Portemonnaie, enthaltend 1 Zehnpiennigstück, 1 Ubrschlüssel, 5 Blechmarken und 2 Stahlfedern.

r. Verhaftet wurde gestern Abend auf der Judenstraße eine Dirne wegen ruhestörenden Lärmens; ferner wurde ein Mal'r, der sich Nachmittags 1 Uhr auf dem Alten Markt groben Unug erlaubte, zum Poli.eigewahrsam gebracht.

—r. Volkstein, 18. April. [Konzert. Wohlthätigkeit. Privatshule.] Am vergangenen Sonnabend veranstaltete der unter Leitung des Kantors Nowycki stehende hiesige Männergesang- und Orchesterverein im Nibelarischen Saale ein Konzert, welches von den Vereinsmitgliedern und eingeführten Gästen zahlreich besucht war. Die Aufführung sämtlicher Piecen war eine sehr gelungene, und es gebührt dem Dirigenten sowie den Mitgliedern beider Vereine, welche für die Pflege des Gesanges und der Musik viel Zeit opfern, öffentliche Anerkennung. — In seiner letzten Predigt hat der hiesige Rabbiner Dr. Jaffe den Gemeindegliedern dringend ans Herz gelegt, beifüssig Auswanderung der unglücklichen Jraeliten in Südrussland Beiträge zu zeichnen. In Folge dessen sind sowohl bei Herrn Dr. J. wie beim Gemeindeprediger Herrn Wasser bereits ansehnliche Beiträge eingegangen. — Die hier seit einer Reihe von Jahren unter Leitung des Kandidaten der Philologie Herrn Dähne stehende Privatschule hat zum Beginne des Sommerkurses wiederum zwei Jöglinge entlassen, die in die Untertertia des Mar-enamnasiums in Posen eingetreten sind.

Δ Wongrowitz, 18. April. [Ertrunken. Musterungs-Termine.] Am zweiten Dinerstertage Nachmittags 4 Uhr fuhr der Knecht Michael Baum aus Prusiec-Mühle in Gesellschaft von vier jungen Leuten, darunter zwei Mädchen, in einem Fischerbahr auf dem Jergow'er See. Als sie etwa 50 Schritt vom Ufer entfernt waren, schlug der Rahn um und sämtliche Personen fielen in's Wasser. Zwei derselben, welche des Schwimmens kundig waren, retteten sich selbst und die beiden Mädchen wurden, da gleich Hilfe zur Stelle war, gerettet; nur der Wilhelm Baum, obgleich er auch des Schwimmens kundig war, verschwand im Wasser und konnte nicht gerettet werden. Seine Leiche ist erst am 12. d. M. durch Fischer aufgefunden worden. — Die Termine zur Musterung der Heerespflichtigen sind im hiesigen Kreise für das Jahr 1882 wie folgt angesetzt: am 10. Mai in Srebnagora, am 11. und 12. Mai in Janowitz, am 13. und 15. Mai in Schöffen, am 16. Mai in Plesno, am 17. Mai in Gollantich, am 19. und 20. Mai in hiesiger Stadt. Am 23. Mai findet in Wongrowitz Lösung, Klassifikation der Reserve- und Landwehmannschaften sowie der Ertrags-Reservisten I. Klasse statt.

Δ Czarnikau, 18. April. [Kreis-Sparkasse. Schulbau. Marktpreise. Verurtheilung.] Unsere Kreis-Sparkasse erfreut sich seit dem Ausbruch des Konfusses über das Vermögen des hiesigen Vorshubsvereins einer recht lebhaften Frequenz. Die in gegenwärtig für unsere Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden und für die bäuerlichen Besitzer das einzige Finanz-Institut, welches eine um so größerer Beachtung verdient, als es sich bei verhältnismäßig hoher Verzinsung von Spareinlagen der geringen Geschäftsunkosten wegen mit einem mäßigen Prozentsatze bei der Ausleiherung von Geldern begnügt. Ueber den Geschäftsbetrieb der Sparkasse im Jahre 1881 wird durch den Sparkassen-Direktor, Herrn Kanorath v. Boddien, folgende Uebersicht gegeben: Als statutenmäßige zulässige Einlagen auf ein Sparkassenbuch gilt als niedrigste Einzahlung 1,50 M., während die Einlagen ihrer Höhe nach unbeschränkt sind. Am Schlusse des Jahres 1880 waren eingezahlt 540,495 69 M. Als neue Einzahlungen im Jahre 1881 kommen hinzu durch neue Einlagen 220,392 87 M. und durch Zuschreibung von Zinsen 23,935 54 M. Ausgegeben wurden in demselben Jahre für zurückgenommene Einlagen 154,862 82 M. Der Betrag der Einlagen nach Abschluß des Geschäftsjahres 1881 steigt somit auf 629,961 28 M., der Reservefonds am Schlusse des Jahres beträgt 16,265 07 M. und die Zinsüberschüsse betragen sich auf 9010 79 M. Von diesem Vermögen der Sparkasse sind zinsbar angelegt auf Hypothek und zwar auf städtischen Grundstücken 224,568 16 M., und auf ländlichen Grundstücken 276,891 57 M. Auf Schuldscheinen gegen

Margenschaft, sowie auf Wechsel sind ausgegeben 129,426.94 M., gegen Hauptband 2000 M., zusammen 632,886.67 M. Sparlassenbücher sind im Laufe des Jahres 178 Stück ausgegeben und 95 Stück zurückgenommen worden. Im Umlauf befinden sich im Ganzen 913 Stück; davon weisen 191 Stück eine Einlage bis 60 Mark auf, 156 Stück über 60—150 M., 155 Stück über 150—300 M., 148 Stück 300 bis 600 M., 263 Stück über 600 M. und darüber. Die Sparkasse, welche im Jahre 1858 errichtet ist, gewährt als Zinsen für Einlagen 4½ Prozent und nimmt für auf Hypotheken angelegte Kapitalien 5 Prozent, für Schuldscheine und Wechselanleihen dagegen 6 Prozent. — In dem 2 Kilometer von hier entfernten Dorfe Briesen wird in diesem Jahre ein neues Schulhaus aufgeführt werden. Zu demselben ist am 13. d. M. unter Anwesenheit des Landraths von Boddien, sowie der Schul- und Baurepräsentanten der Grundstein gelegt worden. Das Gebäude wird zur Hälfte zweistöckig und wird zwei Klassenzimmer nebst Wohnungen für zwei Lehrer enthalten. Die Ausführung des Baues hat Herr Maurermeister Riefow von hier übernommen und wird derselbe den Bau zum 1. Oktober fertig stellen. Gegenwärtig ist an der Schule ein katholischer Lehrer angestellt, welcher in einem sehr beschränkten Schulfach alle 99 katholische und 28 evangelische Kinder zu unterrichten hat. Vom 1. Oktober wird die Schule einen simultanen Charakter annehmen, da der nunmehr noch anzustellende zweite Lehrer evangelischer Konfession sein wird. — Nach der von Seiten des hiesigen Landrathsamtes gegebenen Zusammenstellung der Durchschnitts-Marktpreise in unserer Stadt pro Monat März dieses Jahres zahlte man für 100 Kilogramm Weizen 16,75 bis 18,75 Mark, für Roggen 13,50—15,75 Mark, für Gerste 12,75—14,75 M., für Hafer 12,75—14,75 M., für Erbsen zum Kochen 18,50 M., Speisebohnen (weiße) 19,50 M., Kartoffeln 3,50 M. und für Nichtstroh und Heu 5,50 M. Zu Markt gebracht wurden im Ganzen ca. 200 Rkg. Weizen, 1900 Rkg. Roggen, 1700 Rkg. Gerste und 1200 Rkg. Hafer. — Durch das hiesige Schöffengericht wurde die Eigentümerin K. aus Puszig-Heuland, weil dieselbe Butter zur Hälfte mit Kartoffeln zum Verkaufe gestellt hatte, wegen Betruges zu 3 Monaten Gefängnis und 150 M. Geldstrafe event. 1 Monat Gefängnis und zum Tragen der Kosten verurtheilt.

00 Breschen, 18. April. [Vertretung. Einführung.] Der hiesige Kreisphysikus Dr. Paradies ist schon seit mehreren Wochen am Typhus erkrankt. Mit dessen Vertretung ist der Kreisphysikus Dr. Telle aus Schroda beauftragt. — Die Einführung des von Görchen hierher verlegten Polizei-Distriktskommissarius Schiebusch in sein neues Amt ist erfolgt.

0 Aus dem Kreise Mogilno, 18. April. [Todesfall. Stand der Saaten.] Am zweiten Oster-Feiertage verstarb plötzlich der praktische Arzt Dr. Zimmermann in Mogilno am Herzschlage. Derselbe hatte erst im verflohenen Herbst seinen Wohnsitz von Tremessen nach Mogilno verlegt. Seine Leiche ist nach Tremessen übergeführt worden, wo er vor einigen Jahren seine erste Gattin begraben hat. Seine ärztliche Stellung ist bereits durch den praktischen Arzt Dr. Sumski aus Tremessen besetzt. — In Folge der in der letzten Woche stattgehabten Nachfröste sind die Wintersaaten spärlich und auf kaltrühdigen Böden auch röthlich geworden, indessen ist anzunehmen, daß dieses Ereigniß bisher auf das Gedeihen der Saaten nicht nachtheilig gewirkt hat. Ob die Raps- und Rüben-Saaten von dem Froste gelitten haben, bleibt abzuwarten, da diese bereits Blüthenknospen angelegt haben.

0 Schneidmühl, 18. April. [Stadtverordnetenversammlung. Vorschussverein.] In der Sitzung der Stadtverordneten am 15. d. wurde die Etatsberatung zu Ende geführt und zunächst mit der Abtheilung „Ziegeleiverwaltung“ begonnen. Es ist die Fabrikation von 1 Million Steine in Aussicht genommen und werden die Preise für Klinker, Mauersteine erster und zweiter Klasse um je 2 M. pro Tausend auf 28 M. resp. 22 M. und 19 M., die der Dachsteine von 33 M. auf 27 M. herabgesetzt, dagegen die Preise für Hohlspannen pro Stück auf 25 Pf. und Bruch pro Tausend auf 7 M. belassen. Die Einnahme reduzirt sich demnach gegen den Ansat des Magistrats um 1999 M. auf 21,519 M. Der Einnahme gegenüber steht eine Ausgabe von 16,968 M., so daß ein Ueberschuß von 4551 M. zu gewärtigen ist. Abtheilung „Kapitalvermögen und Schuldenverwaltung“ wird in Einnahme mit 10,170,58 M. und in Ausgabe mit 1200 M. dem Magistratsentwurf gemäß angenommen. Es ergibt diese Abtheilung also einen Ueberschuß von 8970,58 M. Bei Abtheilung „Gemeindesteuern und Abgaben“ wird nach dem Ergebnis der Vorjahre ein Pauschquantum von 50,500 M. in Einnahme gestellt. Zu Abtheilung „Fonds für allgemeine und außerordentliche Gemeindegewerke“ figuriren in Einnahme in Summa 8951,78 M., die Ausgaben betragen zusammen 4014 M.; der Ueberschuß beträgt also 2473 M. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 131,553,81 M. Der Magistrat wird nunmehr ermächtigt, einen Zuschlag von 200 Prozent der Klassen- resp. Einkommensteuer als direkte Kommunalbeiträge zu erheben. Hierauf wird das Abkommen, das mit dem Marktstands-Richter Wandelow unter dem 5. d. Mts. in Betreff der Erhöhung der Marktstandsacht von jährlich 1330 M. auf 2749,74 M. abgeschlossen ist, genehmigt und die Sitzung geschlossen. — In der vorgestrigen Generalversammlung des hiesigen Vorkaufvereins erstattete der Vorsitzende, Rentier Widert, Bericht über den Kassenumschlag im ersten Quartal c. Demgemäß betrug derselbe in Einnahme 240,279,62 M., in Ausgabe 235,476,39 M. und der Bestand 4803,23 M. Der Reservefonds ist auf 4293,91 M., das Mitglieder Guthaben auf 37,262,94 M., die Spareinlagen auf 109,131,98 M. gestiegen. Das Gesamtbetriebskapital beträgt 156,708,92 M., zur Auszahlung gelangten 158 Vorkaufgesuche mit 82,879,30 M., so daß die ausstehenden Forderungen nach einer Rückzahlung von 64,782,70 M. noch 153,603,35 M. betragen. Die Nettoeinnahmen betragen 2267,88 M. und die Verwaltungskosten 537,30 M. Die Zahl der Mitglieder ist 284. Für die Jahresrechnung pro 1881 wird die Ertheilung der Decharge beantragt und dagegen Widerspruch nicht erhoben. Das mit dem Rentanten in Betreff der Festsetzung seines Gehalts getroffene Abkommen, wonach dasselbe vom 7. März d. J. ab jährlich 1200 M. betragen soll, wird mitgetheilt und genehmigt. Zum Schluß werden für die ausgeschiedenen Ausschussmitglieder Duandt und Werner der Schmiedemeister Lams und der Färbereibesitzer Erlguth gewählt.

Bromberg, 18. April. [Petition gegen das Tabaksmonopol.] Die hiesige Handelskammer hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, eine Petition gegen das Tabaksmonopol an den Bundesrath zu richten. In dieser Eingabe heißt es: „Abgesehen von einigen alten Fabriken sind in den letzten Jahren auch in unserem Bezirke mehrere neue Unternehmungen behufs Tabakfabrikation entstanden, deren Inhaber auf Kredit-Neumen und -Geben angewiesen, bei einer durch das Monopol bedingten Liquidation, wie uns von den Interessenten selbst berichtet wird, geradezu in ihrer Existenz ruiniert werden könnten, da für diese neu entstandenen, meist mit geringen Mitteln arbeitenden Fabriken in dem bekannt gewordenen Gesetzentwurf keine oder eine kaum nennenswerthe Entschädigung vorgesehen ist. Die Stadt Bromberg insbesondere würde sehr zu leiden haben, weil von hier aus ein sehr lebhafter, auf längerem Kredit beruhender Handel mit Tabakfabrikaten nach den kleinen Städten und dem platten Lande des Bezirkes und der benachbarten Gegenden geführt wird. Für diejenigen Leute aber in den letztgenannten Abgabengebieten, welche sich mit dem Tabakshandel befassen, bildet derselbe kein ausschließliches Existenzmittel, sondern nur einen — allerdings schwer entbehrlichen Theil ihres Erwerbes, und somit würde auch ein großer Theil der Bevölkerung in den kleinen Städten und auf dem platten Lande ganz beträchtlich in ihrer Existenz durch das Monopol geschädigt werden, da für sie in der betr. Vorlage ebenfalls keine Entschädigung vorgesehen ist. Eine sehr nachtheilige Rückwirkung würde ferner die Einführung des Monopols auf die Existenz aller derjenigen, auch größtentheils nur gering bemittelten Leute haben, welche sich mit der Anfertigung von Rissen, Formen, Bändern, Etiquetten zc. beschäftigen.“

Eine Entwerthung der Grundstücke in unserer Stadt ist auch dadurch zu befürchten, daß bei Einführung des Monopols viele Läden und Räume, welche bisher dem Tabaksgeschäfte und der Fabrikation dienten, nicht sogleich oder nur schwer — zu weit billigeren Miethspreisen — anderweitige Verwendung finden dürften. Durch das überwiegende Angebot der Räume dürften die Miethen und mit ihnen auch der Werth der Grundstücke sinken. Daß die Zahl der Auswanderer durch das große Kontingent der mit Einführung des Monopols brodlös werdenden Arbeiter, Kommis zc., deren schätzenswerthe Arbeitskraft und Kapital dem Auslande zufließen würden, namentlich aus unserer Gegend sich beträchtlich vergrößern wird, ist eine wohl begründete Befürchtung, welche insbesondere auch von den Vertretern der Landwirthschaft zugetrieben wird.“

± Inowrazlaw, 18. April. [Pferdemarkt.] Der heute hieselbst abgehaltene (achte) Markt für Luxus- und Gebrauchspferde war wieder recht stark besetzt. Die aufgetriebenen Pferde hatten zum größten Theil in den geräumigen Stallungen auf dem Pferdemarkte an der Bahnhofstraße ihren Stand, es waren indeß außerdem noch an den Barrieren und in Privatstallungen Pferde untergebracht worden. Im Ganzen waren etwa 800 Pferde zur Stelle gebracht, unter denen sich recht gute und edle Thiere befanden. Die Pferde waren zum größten Theil von Besitzern des Kreises, der Nachbarreise und aus Polen gesteuert worden, und hatten indeß auch auswärtige Händler, wie Krays-Posen, Tobias-Königsberg, Weiskermel-Strasburg in Westpr. recht gute Pferde zum Markte gebracht. Aus der hiesigen Umgegend hatten u. a. die Herren Mittelstadt, v. Dabshi, Nehring-Kruscha, Landschaftsrath Hirsch-Lachmirowitz, Rasse = Slogowicz, v. Trebinski = Strzemlono, Geisler-Lojowo, v. Biliczi-Godanin, v. Blücher-Ditrowitz, v. Debinski-Wengierec mehrere vorzügliche Reit- und Wagenpferde zum Markte geschickt. Schon in den Tagen vor dem Markte wurden mehrere Geschäfte abgeschlossen, am Markttage selbst entwickelte sich gegen Mittag und gegen Abend ein ziemlich flottes Geschäft. Es wurden im Ganzen gute Preise gezahlt und besonders legte das Komite zum Ankauf der Gewinnpferde recht erhebliche Beträge an. Das Komite war diesmal nicht in der Lage, aus den von den Besitzern aufgestellten Pferden das Biergespann für den Hauptgewinn ausfinden zu können, dasselbe wurde vielmehr von den Händlern Tobias und Krays geliefert, von denen je zwei prächtige Braune gekauft wurden; außerdem waren bis zum Abend vom Komite noch 34 Gewinnpferde angekauft worden. Von den auf dem Markt angekauften Pferden werden viele zum Wojciechmarkt nach Gnesen übergeführt werden. Der Verkehr in der Stadt und auf dem Markte war ein sehr reger, besonders da der Markt vom herrlichsten Wetter begünstigt war. Morgen findet die (6.) große Pferdeverlosung statt, Freitag soll eine Auktion von Gewinnpferden abgehalten werden.

Aus dem Gerichtssaal.

*** Bosen, 18. April.** Nachdem erst am Sonnabende eine einzige Verhandlung wegen Diebstahls die erste Strafkammer beschäftigt hatte, fand heute wiederum eine Sache an, welche dieselbe 9 Stunden in Anspruch nahm. Auf der Anklagebank nahm Platz die Frau Distriktskommissarius Koczwarra und deren Ehemann aus Polajewo, angeklagt der wiederholten Körperverletzung und Nöthigung. Die Verhandlung entrollte ein Bild von entsetzlicher Grausamkeit. Die Koczwarra'schen Eheleute machten im Jahre 1880 in der Zeitung bekannt, daß sie, da sie kinderlos seien, ein Mädchen an Kindesstatt anzunehmen wünschten. Der Schutzmann G. hieselbst schlug ihnen die Annahme einer Tochter seiner Schwester, der 14 Jahre alten Aniela Michna, welche sich bei ihm aufhielt, vor. Die K'schen Eheleute gingen hierauf ein und G. brachte im November 1881 die Aniela M. zu den K'schen Eheleuten. Der Vater der M. erklärte auch später die Genehmigung zur Adoption seiner Tochter seitens des K. vor einem Notar, nachdem er ein weites es Verlangen des K. auf Erstattung der sämmtlichen Unkosten und zwar pro Jahr 360 Mark für den Fall, daß das Kind ihm wieder abgenommen werden sollte, abgelehnt hatte. Gleich am dritten Tage nach ihrer Ankunft bei den K'schen Eheleuten wurde die M. von der Frau K. ohne jede Veranlassung beim Waschen derart an den Ohren gesogen, daß die Ohrläppchen eingerissen wurden. Der Ehemann war hierbei zugegen. Im Winter, ungefähr im Dezember 1880, wurde die M. von den K'schen Eheleuten in einen eisalten Keller geführt, dort mußte sie sich vollständig entkleiden, sich in eine Wanne stellen, und wurde dann von den Eheleuten mit 2 Eimern eisalten Wassers übergossen. Sie entließ, wurde aber von dem Ehemanne K. wieder gefaßt und so dann in der Stube über einen Stuhl gelegt, von der Frau K. festgehalten und von dem Ehemanne K. mit einem mit Knoten versehenen Stricke auf die nackten Körpertheile geschlagen. Als die M. einmal mit Feizen beschäftigt war, wurde sie von der Frau K. mit einem Stücke Holz derart auf den Kopf und den Mund geschlagen, daß ein Loch im Kopfe entfiel und eine Lippe durchgeschlagen wurde. Ferner wurde die M. von der Frau K. wiederum ohne jede Veranlassung mit einer glühenden Kohlenstippe am linken Arm und der Hand verbrannt. Beim Messerputzen wurde sie mittelst eines ihr entriessenen Tischmessers von der Frau K. in den Arm geschnitten. Mit einem Steintopfe wurde sie so stark auf den Kopf geschlagen, daß derselbe heftig blutete. Auch wurde sie am Halse stark gewürgt. An den Haaren wurde sie von der K. so lange in der Stube umhergeschleift, bis ihr an zwei Stellen die Haare ausgingen; ferner wurde sie von der K. mit Festigkeit auf einen Kohlenhaufen gesoben. Beim Zusammenlegen von Wäsche wurde sie von der K. mit einem Kochlöffel so heftig auf die Finger geschlagen, daß dieselben bluteten und der Kochlöffel zerbrach. Nicht genug dieser Mißhandlungen, nöthigte noch Frau K. die M., Menschenoth zu genießen, indem sie ihr drohte, wenn sie den nicht äße, müsse sie später mehr davon essen. Der Ehemann K. sah hierbei zu. Am 12. April endlich faßte die M. sich ein Herz und entließ. Sie begab sich zunächst zu der Distriktsboten-Frau G. und bat sie um Schutz; dieselbe führte sie zu einem Wanne, welcher sie zu dem Proprietär nach Jabulowo brachte. Am folgenden Tage hatte der Ehemann K. den Aufenthalt der M. erfahren und beauftragte den Distriktsboten G., die M. wieder zu holen. Er sollte ihr vorreden, daß er beauftragt sei, sie auf die Bahn nach Dornik zu bringen, auch diesen Weg einschlagen, er — K. — werde sie aber auf dem Wege erwarten und sodann wieder zurückbringen. So geschah es auch. Nur zwei Tage hatte das arme Geschöpf vor der Frau K. Ruhe. Nach einer abermaligen Mißhandlung entließ die M. wieder und wurde von Leuten, die sich ihrer annahmen, hierher nach Bosen zu ihrem Onkel, dem Schutzmann G., gefaßt. Ungefähr acht Tage vor ihrer Ankunft hatte ihr Onkel G. an den Ehemann K. einen höflichen Brief geschrieben, in welchem er um Auskunft über die Führung seiner Nichte bat. K. erwiderte die M., an ihren Onkel einen ganz groben Brief zu schreiben, indem er sich drohend hinter sie stellte. Der Ehemann K. ist der Theilnahme der Mißhandlungen seitens seiner Frau mitangeklagt, indem er derselben mit Rath und That wesentlich Hilfe geleistet hat. Bei den meisten Mißhandlungen ist er zugegen gewesen, ohne dagegen Einspruch zu erheben. Die M. wurde übrigens nicht wie ein Kind des Hauses gehalten, sondern wie ein Dienstmädchen, sie mußte die niedrigsten Arbeiten verrichten und war genöthigt, in Schnee und Kälte hinaruf zu gehen. Daß sie sich selbst nur als Dienstmädchen anjah, ging aus der heutigen Verhandlung hervor, indem sie nur von dem gnädigen Herrn und der gnädigen Frau sprach. Einige Wochen nach dem Entlaufen der M. hatte sich bereits Frau K. ein anderes Opfer zur Ausführung ihrer Brutalitäten erkoren, es war dies die 16jährige Anna Brodacynska, welche sie in den Dienst nahm. Fast täglich wurde die B. von der K. gemißhandelt, an den Haaren gerissen, mit dem Feuerhaken und einem Stück Holz geschlagen und mit den Füßen gestößen. Als die B. eines Tages auf den Heuboden ging, um Heu für die Kuh zu holen und dann auf der Leiter stand, stieß sie die K. von dieser derart herab, daß sie auf den Kopf fiel. Einmal mußte die B. sich in der Stube, welche die K. verriegelt hatte,

auskleiden und nun schlug die K. die B. mit zusammengekochten Handtuchern derartig auf den Kopf, den Rücken und wo sie sonst hinstraf, daß die getroffenen Körpertheile blutige und dunkle Verfärbungen hatten. Nach dieser Mißhandlung entließ die B. aus dem Dienste und begab sich zu einer Verwandten, welche letztere bei dem damals tagenden Gerichtstage Anzeige machte. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Herr Staatsanwalt Heinemann, hob in seinem Plaidoyer hervor, daß er beim Lesen der Anklage es gar nicht für möglich gehalten habe, daß „anständige“ Leute, zu denen er doch beide Angeklagte rechnen mußte, solcher Bestialität, wie sie die Anklage schildert, fähig wären, auch der erste Einbruch, den beide Angeklagten auf ihn gemacht, habe die Unmöglichkeit der beschriebenen Handlungsweise in ihm befestigt. Leider habe die Beweisaufnahme nicht allein die Anklage in allen Punkten bestätigt, sondern es sind noch mehr Akte von Rohheit und Bestialität zur Sprache gekommen, welche nicht in der Anklage standen. Er beantragte gegen die Ehefrau K. auf eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis zu erkennen und deren sofortige Verhaftung zu beschließen, gegen den Ehemann auf eine Gesamtstrafe von 3 Monaten Gefängnis. Der Verteidiger der Ehefrau K., Rechtsanwalt Salz, versuchte das Zeugniß der beiden Hauptbelastungsgenossen als unglaubwürdig darzustellen, auch habe die Ehefrau bei der K. das ihr zustehende Fürsorgerecht nicht überschritten, und beantragte prinzipieller Freisprechung eventl. dem exzentrischen Wesen der K. Rechnung zu tragen und auf eine Geldstrafe zu erkennen. Der Verteidiger des Ehemanns K., Rechtsanwalt Dr. Lewinski, versuchte nachzuweisen, daß K. sich seiner strafbaren Handlung schuldig gemacht habe und beantragte Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte gegen die Ehefrau wegen Körperverletzung in 28 Fällen, wovon 23 Fälle als qualifizierte Körperverletzung — Gebrauch von gefährlichen Werkzeugen — anzusehen sind, sowie wegen Nöthigung in einem Falle auf eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis und ordnete die sofortige Verhaftung der K. an, gegen den Ehemann wegen qualifizierter Körperverletzung in zwei Fällen und Nöthigung in einem Falle auf eine Gesamtstrafe von drei Monaten Gefängnis, sprach ihn aber der Theilnahme an der Körperverletzung frei. Dieses Urtheil rief bei dem zahlreich versammelten Publikum, welches schon während der Verhandlung Ausrufe des Abcheu's laut werden ließ, große Befriedigung hervor.

Landwirthschaftliches.

u. Ratwisch, 17. April. [Anbau von Futtergewächsen.] Um dem oft entretenden Futtermangel abzuhelfen, und dem Boden einen Ersatz für die durch den in neuerer Zeit stark betriebenen Gandelsgewächsbau entzogenen Kräfte zu gewähren, wird es zur dringenden Nothwendigkeit, mehr Futtergewächse anzubauen. Der kleine Landwirth sündigt namentlich in dieser Beziehung sehr oft und der Vortheil des Zuckerrübenbaues kann ihm dadurch nicht nur verloren gehen, sondern sogar zum Nuln seines Bestandes führen. Der Vorstand des hiesigen landwirthschaftlichen Kultikalvereines erachtet es daher für seine Pflicht, die Vereinsmitglieder auf den Anbau von Futtergewächsen hinzuweisen und namentlich den Mais (Pferdebahn), der zum Theil das Stroh zu ersetzen im Stande ist, zu empfehlen. Leider ist der diesjährige Preis des Mais ein ungewöhnlicher hoher, so daß sich dadurch sehr viele Landwirthe von dem Anbau dieses Futtergewächses fonten abhalten lassen. Der Vorstand des Vereins hat demnach beschlossen, den Saatmais für die Vereinsmitglieder im Ganzen einzukaufen und ihnen im Einzelnen auch den Engros-Preis, außerdem aber jedem Mitgliede, welches den Jahresbetrag pro 1881/82 bezahlt hat, 10 Pfd. Mais umsonst zum eigenen Anbau zu gewähren. Diese 10 Pfd., sowie der Mehrbedarf sind bei dem Kaufmann Belsa hier in Empfang zu nehmen. Für das Quantum über 10 Pfd. ist Herr Belsa beauftragt, den Betrag von 13½ Pfg. pr. Pfd. für die Vereinskasse einzuziehen.

V. Kurnik, 17. April. [Vorstandswahl.] In der am 26. März cr. hieselbst abgehaltenen diesjährigen Generalversammlung des landwirthschaftlichen Kreisvereins Schrimm sind zu Vorstandsgliedern pro 1882/83 gewählt resp. wieder gewählt worden: Als Vorsitzender Landschaftsrath Grafmann-Koninko, als Stellvertreter Gutsbesitzer Premierlieuten. a. D. Kästner-Rafomko, als Rentant Gutsbesitzer Senftleben-Schrimm und als Sekretär Inspektor Werner. Im Anschluß hieran sei bemerkt, daß der Kreisverein Schrimm mit jenen vier Zweig-(Lokal-) Vereinen Kurnik, Schrimm, Roschin und Tions, zur Zeit 192 Mitglieder zählt.

Vermishtes.

*** Die Königin von England** hat während ihres Aufenthalts in Mentone die berühmten schönen Anlagen von Monte Carlo mit ihrem Fuß betreten und einen prächtigen Blumenstrauß, der ihr von dem Besitzer der Spielbank gesandt wurde, nicht angenommen. Sie billigt die Bemühungen des internationalen Vereins zur Unterdrückung dieses letzten Schlupfwinkels des hohen Glückspiels in Europa. Präsident dieses Vereins ist der durch seine großartige Wohlthätigkeit berühmte Herr Henry Thompson. Der Verein, dessen Hauptstz London ist, beabsichtigt, nachdem er von der italienischen und französischen Regierung Beweise der Sympathie erhalten hat, sich auch an den deutschen Reichsanzler zu wenden. Da fortwährend Selbstmörder aus allen Nationen Europa's dem Spiel von Monaco zum Opfer fallen, so haben alle Regierungen ein Interesse an der Unterdrückung dieses öffentlichen Vergnüßes. Von den Freunden des Spiels wurde kürzlich die Nachricht verbreitet, der Fürst von Monaco sei kürzlich in Paris gewesen und habe Herrn v. Freycinet erklärt, wenn man das Spiel aufheben wolle, so werde er den Rest seines Ländchens, dessen größten Theil er vor 20 Jahren Napoleon III. für vier Millionen abtrat, an Rußland oder Nordamerika verkaufen, worauf dann der französische Minister beschlossen habe, von allen Schritten gegen das Spiel von Monte Carlo abzusehen. Alles das ist erfunden. Die einzige Schwierigkeit der Sache ist die zweifelhafte Stellung des Fürstenthums Monaco. Es wurde 1875 unter italienischen Schutz gestellt. Jetzt ist es rings von französischem Gebiet umschlossen, aber Kaiser Napoleon III. hat versäumt, sich bei der Abtretung von Nizza und dem größeren Theil des Fürstenthums das Schutzrecht übertragen zu lassen. Indessen, wenn Italien und Frankreich sich vereinigen und die übrigen Staaten sie unterstützen, so wird der Fürst von Monaco sich der Aushebung des Spiels schmerzlich widersetzen können. Uebrigens ist der Fürst gar nicht in Paris gewesen, sondern nur sein Sohn, der sich auf der Durchreise nach England kurze Zeit in Paris aufgehalten hat.

*** Ueberschwemmung des Mississippi.** Aus Newyork, den 17. März, wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Seit Menschengebenden hat keine Ueberschwemmung des Mississippi solche Verheerungen angerichtet als die gegenwärtige. Das südliche Illinois und Missouri, Tennessee und Arkansas, Mississippi und Louisiana haben furchtbar durch die entseffelten Fluthen zu leiden; Tausende von Menschen sind in jedem der vier letzteren Staaten zu Bettlern gemacht und müssen von der Wohlthätigkeit der Regierung leben; viel Vieh ist umgekommen und die Anflüchten auf eine gute Baumvollenernte sind sehr gering geworden. Wenn aber die diesjährige Baumvollenernte nur um eine halbe Million Ballen vermindert werden sollte, so wäre dies schon ein Verlust von 25,000,000 Dollars für das Land. Wahrscheinlich wird aber der Ausfall ein noch größerer sein, da es gerade die allerbesten Baumwollens-Ländereien sind, die jetzt in Mississippi, Arkansas, Tennessee und Louisiana unter Wasser stehen. Wenn es nun auch wahr sein mag, daß die Ueberschwemmung die Fruchtbarkeit des Bodens erhöht, so ändert dies doch nichts an der Thatfache, daß die Pflanze jener Gegenden selbst bei einem möglichst raschen Verlaufe der Fluthen

schwerlich im Stande sein werden, mehr als die Hälfte oder höchstens ein Drittel ihres Landes zu besellen. Bielen wird auch dies nicht möglich sein, da durch die Fluthen ihre Wohnungen zerstört, ihre Geräthchaften hinweggeschwemmt und ihre Pferde, Maulesel u. s. w. ertränkt worden sind, sie selbst aber mehrfach als Mittel zur Befestigung ihrer Felder beraubt wurden. Die Hochfluth ist diesmal so gewaltig, daß man eine Zeit lang befürchtete, der große Strom würde sich an einigen Stellen ein neues Bett wühlen und einen ganz neuen Weg mitten durch Louisiana hindurch nach dem Golde einschlagen.

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin, 18. April. [Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. April.]

Aktiva	
1) Metallbestand (der Bestand an kurzfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen) das Fund sein zu 1392 Mt. berechnet	Mt. 551,982,000 Zun. 7,738,000
2) Bestand an Reichsfasssch.	" 36,312,000 Zun. 1,316,000
3) do. an Noten and. Banken	" 15,600,000 Zun. 1,112,000
4) do. an Wechseln	" 334,254,000 Abn. 26,592,000
5) do. an Lombardforderungen	" 43,233,000 Abn. 12,458,000
6) do. an Effekten	" 20,510,000 Abn. 4,708,000
7) do. an sonstigen Aktiven	" 32,667,000 Zun. 1,153,000
Passiva	
8) das Grundkapital	Mt. 120,000,000 unverändert.
9) der Reservefonds	" 17,224,000 unverändert.
10) der Betr. d. Umlauf. Noten	" 7,922,500 Abn. 19,620,000
11) die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	" 159,118,000 Abn. 12,841,000
12) die sonstigen Passiven	" 1,043,000 Abn. 390,000

Die vorstehende Wochenübersicht der Reichsbank läßt eine sehr bedeutende Verminderung der Anlagen erkennen, die übrigens nicht außergewöhnlich ist, vielmehr fast stets nach den großen Zinstermine eintritt. Auf Wechselportefeuille sind der Bank 26,592,000 M. zurückgeflohen, während die Lombardforderungen sich um 12,458,000 M. vermindert haben, so daß die Anlagen insgesamt um 39,000,000 M. geringer erscheinen als in der Vorwoche. Diese Veränderung tritt besonders stark im Notenumlauf hervor, der fast 20 Millionen geringer ist als in der Vorwoche, ferner in einer Abnahme der Giroverbindlichkeiten um rund 13 Millionen Mark. Der Baarvorrath der Bank hat sich um mehr als 10 Millionen vermehrt, wovon 7,738,000 M. aus dem Metallbestand entfallen, der gegenwärtig 551,982,000 Mark umfaßt. Im Allgemeinen entspricht die neueste Wochenübersicht der Reichsbank den Verhältnissen, die auf dem allgemeinen Geldmarkt sich bemerklich machen; Geld war bisher entschieden sehr flüssig und ist auch jetzt noch reichlich, doch war heute die Frage etwas lebhafter, so daß bei einem Diskont von 3½ Prozent Wechsel offerirt blieben.

Wien, 18. April. [Albrechtshahn.] Der Verwaltungsrath der Albrechtshahn beschloß die Einlösung des Julicoupons mit zwei Gulden. Unter Berücksichtigung des bereits am 1. Januar bezahlten einen Gulden beträgt die Verzinsung wie im Vorjahre 1½ pCt. Die Betriebsergebnisse und der Staatsgarantie-Zuschuß weisen denselben Betrag wie im Vorjahre auf.

Wien, 18. April. [Ausweis der österreichisch-französischen Staatsbahn] vom 9. bis zum 15. April 550,972 Fl., Mindereinnahme 75,453 Fl.

Telegraphenverbindung mit Amerika. Nachdem die Legung des unterseeischen Kabels zwischen Emden und Valentia in Irland durch die Vereinigte Deutsche Telegraphen-Gesellschaft stattgefunden hat, ist die Herstellung einer unmittelbaren telegraphischen Verbindung Deutschlands mit Amerika nunmehr voll-

endet. Die Eröffnung des neuen Weges für den allgemeinen Telegraphenverkehr findet am 23. April statt. Von diesem Tage ab ermäßigt sich die Wortgebühr für Telegramme aus Deutschland nach Newyork von M. 1.40 auf 1.05. Für die nach anderen Orten in Amerika gerichteten Telegramme tritt eine dementsprechende Ermäßigung der bisherigen Worttagen ein.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Strom-Bericht

aus dem Bureau der Handelskammer zu Posen.
Posen, Mastenkrahn an der großen Schleuse.
13. April: 4 Flöße Riefen, Schöner, von Posen nach Landsberg.
14. April: 8 Flöße Riefen, Sublarel, von Kurpnitz nach Glien.
10 Flöße Eiden, Strypopal, von Orzechowo nach Stettin.
16. April: Rahn 325, Kolchigi, mit Eisen von Posen nach Schwerin. Schwerin a. M.
12. April: Rahn 4965, Gustav Niether, Rahn 237, Germ. Feidler, mit Spiritus von Neustadt nach Hamburg.
13. April: Zille 16,557, Karl Dempel, Rahn 945, August Gohlke, mit Mauersteinen von Schwerin nach Driesen.
14. April: 1060, Rob. Niether, mit Roggen von Birnbaum stromab.
15. April: Rahn 11,077, Albert Finze, mit Brennholz von Oberstiso nach Berlin, Zille 17,373, August Koch, mit Kartoffeln von Birnbaum nach Küstrin.

Grabkreuze, Tafeln, Pyramiden,

empfehlen jetzt in reichster Auswahl
Breslauer-Strasse Nr. 38. C. Klug.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Baumaterialien zum Neubau eines Lokomotivschuppens und zur Erweiterung der Werkstätte auf dem Centralbahnhofs Posen und zwar:

1622 Rbm. geprengte Feldsteine resp. Bruchsteine.

164 Mille Thonziegel zur Verblendung.

627 Mille Thonziegel I. Klasse.

300 Mille Thonziegel II. Klasse.

715 Rbm. gelbschier Kalk.

470 Tonnen Portland-Cement.

sollen im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.

Termin am 27. April cr., Vormittags 10 Uhr.

Die Offerten sind versiegelt und portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens zum bezeichneten Termine an das unterzeichnete Betriebsamt einzuwenden.

Die Submissionsbedingnisse und Bedingungen können gegen Erstattung der Kopialien von 1,5 Mt. von uns bezogen werden.

Posen, den 15. April 1882.

Königl. Eisenbahn-Betriebsamt.

Aufgebot.

Im Grundbuch des dem Gutsherrn Fritz Polstheim gehörigen Grundstücks Kallissan Blatt 14 fielen in Abtheilung III. Nr. 1 aus dem Kaufvertrage vom 17. Februar 1848 folgende Veräußerung vom 23. Juli 1849 eingetragen:

80 Thlr. rückständige Kaufgelder, welche Käufer nach dem gerichtlichen Kaufvertrage vom 17. Februar 1848 ohne Zinsen und war:

15 Thlr. am 23. April 1848.

15 Thlr. am 11. November desselben an den Verkäufer Joseph Semmerling, die übrigen 50 Thlr. aber in gleichen Raten zu 10 Thlr. für die Geschwister Semmerling, namentlich:

1. Josepha verheiratete Wintorska zu Kallissan,

2. Theresie verheiratete Joseph Przbysl zu Kufomo Dufen,

3. Antonina verheiratete Johann Smigielski,

4. Casimir Semmerling zu Kallissan Kolonie,

5. Wojciech Semmerling zu Koninek Dufen.

Diese Post ist angeblich getilgt und soll im Grundbuch gelöscht werden.

Auf den Antrag des Grundeigentümers werden deshalb die Rechtsnachfolger der Hypothekengläubiger aufgefordert, ihre Ansprüche und Rechte auf die Post spätestens im Aufgebotsstermine

den 28. Juli 1882,

Vormittags 11 Uhr,

bei dem unterzeichneten Gericht (Zimmer Nr. 13) anzumelden, widrigenfalls sie mit ihren Ansprüchen auf die Post werden ausgeschlossen werden.

Wongomisz, den 17. April 1882.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In dem hiesigen Firmenregister ist unter Nr. 225 die Firma „Jacob Berlowski zu Raschkow“

und als deren Inhaber der Kaufmann Jacob Berlowski zu Raschkow zufolge Verfügung vom 12. April 1882 an demselben Tage eingetragen worden.

Ostrowo, den 12. April 1882.

Königliches Amtsgericht II.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Michael Markus zu Buz wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 28. März 1882 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 31. März 1882 bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Grätz, den 15. April 1882.

Königliches Amtsgericht.

Zur Beglaubigung: Garn, Gerichtsschreiber.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Rähme belegene, im Grundbuche von Rähme Band 1 Blatt 29 eingetragene, dem Eigentümer Albert Schrage und dessen Ehefrau Mathilde geborenen Bengsch zu Großdorf gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 1 ha 89 a 80 qm und mit einem Reinertrage von 426 M. der Grundsteuer unterliegt, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Sub-

hastation

den 30. Juni 1882,

Vormittags um 10 Uhr,

im hiesigen Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 4 veräußert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Abtheilung I während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigentumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 1. Juli 1882,

Vormittags um 10 Uhr,

in unserem Geschäftslokale, Zimmer Nr. 2 anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Birnbaum, den 8. April 1882.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Liotta belegene, im Grundbuche desselben unter Nr. 1 eingetragene, den Wirth Johann und Anna Stupinischen Eheleuten gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen derselben berichtigt steht u. welches mit einem Flächeninhalte von 9 ha 53 a 50 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 41,10 Mark und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 24 M. veranlagt ist, soll in nothwendiger Substanz im Wege der Zwangsvollstreckung

den 15. Juni 1882,

Vormittags um 9 Uhr

im Lokale des unterzeichneten Gerichts öffentlich versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grund-

buchblattes und etwaige andere, das Grundstück betreffende Nachweisungen sowie etwaige besondere Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II während der Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigentum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine resp. bis zum Erlaß des Zuschlagsurtheils bei Vermeidung der Ausschließung anzumelden.

Die Versteigerungstermine betragen 224,40 M.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 15. Juni 1882,

Mittags um 12 Uhr,

im hiesigen Geschäftslokale anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Kempen, den 1. April 1882.

Königl. Amtsgericht.

Das in dem Dorfe Jazagzowo belegene, im Grundbuche desselben unter Nr. 50 eingetragene, dem Kaufmann Gabriel Sartmann gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen desselben berichtigt steht und welches mit einem Flächeninhalte von 1 ha 35 a 80 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 7,80 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 12 M. veranlagt ist, soll in nothwendiger Substanz im Wege der Zwangsvollstreckung

den 13. Juni 1882,

Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des hiesigen Gerichts veräußert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und etwaige andere, das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie etwaige besondere Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei III während der Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigentum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine bei Vermeidung der Ausschließung anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 14. Juni 1882,

Vormittags um 12 Uhr,

im hiesigen Geschäftslokale anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Schilberg, den 8. April 1882.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der zur Vergebung des Neubaus der hiesigen evangelischen Kirche auf den 24. d. M. im hiesigen Pfarrhause anberaumte Termin wird hiermit auf

Mittwoch, den 26. d. M.,

Vormittags 10 Uhr

verlegt.

Neck-Danland bei Neffa, den 18. April 1882.

Der Gemeinde-Kirchenrath.

In der Valentin und Aniela Kuleza'schen Substanzsache von Boleslawice Vorstadt Nr. 9 ist zur Verhandlung und Verkündung des Zuschlagsurtheils ein neuer Termin auf

den 5. Juni 1882,

Vorm. 9 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle anberaumt worden. Dies wird unter Bezugnahme auf das Substanzpatent vom 29. Nov. 1881 und mit Rücksicht auf den am 16. Februar 1882 abgehaltenen Versteigerungstermin hierdurch bekannt gemacht.

Kempen, den 4. April 1882.

Königliches Amtsgericht.

Alten und jungen Männern zur Belehrung dringend empfohlen: Die Heilung der Schwächezustände des Körpers und Geistes, entstanden aus geschl. Verirrungen; Ausflüsse in 3-5 Tagen geheilt durch die weltberühmten präparirten Oberstabsarzt Dr. Müller'schen Miraculo-Präparate, welche dem erschlafften Körper die Kraft der Jugend zurückgeben. Gegen Einsendung von 70 P. in Briefm. unt. Couv. franco. Depositor: C. Krolkenbaum, Braunschweig.

Ein Rittergut

im König. Polen, 10 Rlmtr. Bahn, gute Gebäude — complettes Inventarium, vorzüglicher Boden, circa 2300 Magd. Morgen, für 128,000 Rubel zu verkaufen. Näheres bei

Donimiski & Co., Lublin.

Colonialwaaren- und Mehlgeschäft mit eingefahrter Rundschiffahrt sofort sehr billig zu kaufen. Näb. bei

M. Wieckowski,

Gr. Ritterstr. 12.

In einem der nachbenannten Kreise der Provinz Posen (Samter, Put, Posen, Kosten oder Kröben) wird ein Gut von 2000 bis

2500 Morgen Größe, mit aünftigen Viehverhältnis und Brennereibetrieb bei 100,000 bis 120,000 Mark Anzahlung zu kaufen gesucht. Etwaige Verkäufer wollen ihre Offerten mit den näheren Angaben senden sub A. B. 37, Berlin S., Postamt 85, Oranienstraße 129 postlagernd.

Ein höchst angenehmes, viel einbringendes Fach!

Ein anatomisches Museum mit Präp. wegzugshalber für den Spottpreis von 200 Thlr. ist zu ver.

Dohnal in Breslau, Ohlauerstr. 50.

23 Stück junges schweres Mastvieh u. 166 Mastschafe stehen zum Verkauf auf Dom.

Sielinko bei Opalenica, Stat. der Märk.-Pos. Eisenb.

Ein feiner Stuhlfußel in billig zu verkaufen. Näher. Schuhmacherstraße 12, part.

Heute Abend frische Stettiner Fische

bei Moritz Briske Wwe., Krämerstraße 12.

Schürzen-Ausverkauf.

Einen großen Posten Damen- u. Kinder-Schürzen verkaufe zu Spottpreisen.

Otto Kühn,

66. Alter Markt 66.

Stets frisch gebrannten Dampf-Caffee

(Melange)

von 1-2 Mark, sowie auch

rohen Caffee

von 75 Pf. an, empfiehlt in größter Auswahl

W. Becker,

Wilhelmsplatz Nr. 14.

!! Restitutions-Schwärze!!

von Albert Sautormolster, Apotheker,

Klosterwald (Hohenpollern), das vorzüglichste Mittel, um abgetragene dunkle und schwarze Kleider, Möbelstoffe, Sammet, Filzhüte, besonders auch die dunklen Militärkleider u. c. durch einfaches Bürsten mit dieser Flüssigkeit, ohne sie zu zerren, wieder anzufärben, daß sie wie neu erscheinen, ist in Flaschen zu 60 Pf. und 1 Mt. zu beziehen in Posen durch

F. G. Fraas, Breitestraße 14.

General-Depot für Nord-Deutschland bei C. Berndt u. Co., Leipzig.

Natürliche Mineralbrunnen,

frische Füllung 1882, offerirt

zu bedeutend ermäßigten Preisen:

Biliner, Flasche 45 Pf.,

Emser Kränchen und Kesselbrunnen, Flasche 50 Pf.,

Wildunger, Flasche 65 Pf.,

Karlshader, Flasche 65 Pf.,

Sunyadi-Janos, große Flasche 75 Pf.,

Ober-Salzbrunn, Flasche 60 Pf. sowie alle anderen Brunnen,

Radlauer's Rothe Apotheke, Posen, Markt 37.

Fabrik künstlicher Blumen

Geschw. Kaskel, Reuerr. 11, I. St. Sortirtes Lager in Blumen halten stets vorräthig.

Johann Hoff'sche Malz-Chocolade.

Sie ist ächt und unverfälscht, von Aeryten zur Kräftigung der Nerven und bei Blutleiden verordnet. Feinste Chokolade, Salongetränk, bereitet von Johann Hoff, f. t. Hoff., Berlin, Neue Wilhelmstr. 1. — Preise. Per Pfund I. 3/4 Mt., II. 2/4 Mt., Malz-Chokoladenpulver, bestes Nährmittel für Kinder und Säuglinge statt Muttermilch, in Schachteln a 1 Mt. und a 1/2 Mt.) Verkaufsstelle bei Gebr. Plossner und Fronzel & Comp.

Feinstes Gräberbier

aus den ältesten Export-Brauereien empfiehlt

H. Knaster Nothgr.,

Halldorfsstraße Nr. 1.

Einen großen Posten Mohair-Tücher, 30 Pf. das Stück, stelle zum

! Ausverkauf!

Außerdem empfehle, wie bereits bekannt, zu den

billigsten Preisen

Soden, Damen- u. Kinderstrümpfe, Strickgarne, Näh- u. Häkelgarne, Unterhosen, Gesundheitsjacken für Herren u. Damen, Filet-Hemden für 75 Pf., Damen-Corsets 1,00. Seidene Camijols 1,75, rein seidene dto. 5,00, sowie viele andere Artikel zu Spottpreisen.

Otto Kühn,

66. Alter Markt 66.

Dr. Netsch' Bräune-Einreibung

ist das beste Schuss- und Heilmittel bei Bräune, Diphtheritis, Husten, Keuchhusten, Drüsen, Zahnschmerz u. s. w.

Dr. Netsch' Verdauungs- und Lebensessenz

ist ein vorzügliches Hausmittel bei allen Magenleiden, Migräne und Nervenleiden.

Zu beziehen von der „Nothen Apotheke“

2 gez. Scheibenbüchsen und 1 „ Polygonal-Scheibenbüchse,

noch sehr gut, nicht alt, werden billigst verkauft bei

H. Heinrich, Bäckerstr. in Fraustadt.

Bierdruckapparat

auf Auktion billig erstanden, ist für 60 Mark zu verkaufen.

Ad. Keerger, Diez.

In Folge Ablebens des Herrn B. Dawozynski soll das gesammte Waarenlager, bestehend aus:

Pendulen, Regulatoren, filbernen u. goldenen Herren- u. Damenuhren mit und ohne Schlüssel-Aufzug, Becker u. c.; ferner goldene Ketten, Medaillons, Garnituren, Kreuze und Ringe zu Fabrikpreisen ausverkauft werden.

Ein Posten halbweißes Tafelglas, 18-24 und 16-26 ist billig abzugeben.

Anfragen erbitte unter S. R. 195 Exped. dieses Blattes niederzulegen.

Der Kartoffel-Einkauf dauert nur noch kurze Zeit. Briefl. Offert. an A. Toboll, Posen, persönlich vertreten durch Herrn Nommann, St. Martin 29, II.

Albert Toboll, Agent der Cüstriner Fabrik.

Butter

per Cassa in wöchentlich Lieferung kauft Th. Biorandt, Berlin, Webersstraße 42 und bietet Landwirthe um billigste Preismittheilung.

Bad Kreuth

bei Tegernsee im bairischen Hochgebirge.

Eisenbahnstation Schattlach. Nahezu 3000 Fuß über dem Meere mitten im Walde gelegen. Schattige Promenaden. Reinste Luft. Schwefelquelle. Schwefel-, Sool-, Kiefernadel-, Douche-Bäder. Ziegenmilch, Kuh- und Ziegenmilch; Pflanzenstoffe. Bei Ernährungsstörungen aller Art, Bleichsucht, Anaemie, Scrofuloze, erblicher Anlage zu Phthisis, beginnender und chronischer Schwindsucht, Lungen-Emphysem u. s. w. Beginn der Saison 1. Juni. In den Monaten Juni und September Preisermäßigung.

Post und Telegraph. Zimmerbestellungen und Anfragen bei der Herzogl. Bairischen Bade-Direktion Kreuth.

CUR-ANSTALT SAUERBRUNN BILIN in BÖHMEN.

Bahn-Station „Bilin-Sauerbrunn“ der Prag-Duxer und Pilsen-Friessner-Komotauer Eisenbahn.

Das Curhaus am Sauerbrunn zu Bilin, nahe den Quellen gelegen, von reizenden Parkanlagen umgeben, bietet Ourgästen entsprechenden Comfort zu mäßigen Preisen. Allen Ansprüchen genügende Gastzimmer, Corralon, Les- und Speisezimmer, Wannen- (Sauerbrunn) und Dampfbäder stehen zur Verfügung, und ist für gute Küche bestens vorgeordnet. Kaltwasser-Hellwasser-Kur mit vollst. Kaltwasser-Cur. Nähere Auskünfte ertheilt auf Verlangen Brunnenarzt Dr. Med. Ritter von ROSS.

M. F. L. Industrie-Direction in Bilin (Böhmen).

Wasserheilanstalt Bad Königsbrunn

bei Königstein in Sachsen.

Kalte und warme „Kiefernadel- u. Dampfbäder“ nach neuester Verbesserung. Reizende Lage, ozonhaltige Waldluft. Electrotherapie und spez. Pension für Nervenleidende und Reconvalescenten. Regenerationscuren für Unterleibsleidende mit besonderem Erfolg. Prosp. gratis. Dirig. Arzt Dr. Putzar.

Vereins-Soolbad Colberg,

gepeist aus der salz- und eisenhaltigsten Salinenquelle, eröffnet seine Sool-, Dampf-, Douche-, Moor- und alle künstlichen Bäder Ende Mai, besitzt ein Inhalatorium, 30 Logizimmer, und hält Mutterlaugenfals auf Lager.

Auskunft bei den Unterzeichneten und dem Bade-Inspektor Herrn Holz. Bade-Prospekte auf Verlangen gratis.

Eröffnung der kalten und warmen Seebäder Mitte Juni.

Die Direction.

Gese, v. Binau, Edert, M. Kayser, Munkel. Stadtrath. Kgl. Geh. Sanitätsrath. Doctor. Kaufmann. Rathapotheker.

Southdown-Vollblut-Heerde Luffan bei Thorn.

Die Böcke aus hiesiger Heerde sind sämmtlich stark entwickelt und von schönen Formen. Der Verkauf geschieht freihändig ohne Auktion zu festen Preisen und zu jeder Zeit. Prospekte auf Verlangen.

M. Weinschenck.



Freitag, d. 21. April bringe ich wieder mit dem Frühzuge einen großen Transport frischmelkender Neuzüchter Kühe nebst den Kälbern

in Reifers Hotel zum Verkauf.

J. Klakow, Viehlieferant.

Hiermit beehre ich mich den Eingang der neuesten

Pariser Modelle in Hüten und eleganter Konfektion

ergebenst anzuzeigen. Ich bemerke, daß ich dieselben in jeglichem Genre in geschmackvollster Ausführung preiswerth kopire.

B. Szuminska, Hôtel du Nord, I. Etg.

Porter.

1882er Märzgebräu!

Beste double brown stout

der Herren

Barclay, Perkins & Co. — London

empfangen und empfehlen billigst

Gebr. Andersch.

ASTHME

Katarrh, Beklemmung und alle Krankheiten der Respirations-Organen werden durch die TUBES LEVASSEUR geheilt.

NEURALGIES

Ausgezeichnete Heilung durch die nervenstärkenden Pflaster des DR. CHONIER.

LEVASSEUR, Apoth. & Cham. 1 Cl., 23, rue de la Harpe, Paris. Dépôts in allen guten Apoth. Engros: Glain & Co., Frankfurt a. M.

Marshall Sons & Co.

Allgemein anerkannt vorzüglichste

Locomobilen und Dreschmaschinen

mit oder ohne Marshall's Patent-Selbststeinleger, der sich ausgezeichnet bewährt hat, empfehle unter Garantie der Güte und bitte um zeitige Bestellungen. — Die Namen von Käufern von

600 Satz Marshall'scher Maschinen

in Schlesien, Posen etc. gebe gern als Referenz auf.

H. Humbert, Moritzstrasse, Breslau.

General-Agent für Deutschland.

Casseler Pferde-Markt

mit Verlosung, Prämierung, landwirthschaftlicher Ausstellung und Pferderennen am 5., 6. und 7. Juni 1882.

Zur Verlosung kommen: 1 Equipage mit 4 edlen geschirrten Pferden, Werth 10,000 RM., 4 zwei und einspännige Equipagen zu 6000, 5000, 4000 und 3500 RM., 1 Paar Chaisens- und 1 Paar Arbeitspferde zu 3000 und 2500 RM., 44 einzelne Reit- und Wagenpferde, im Ganzen 60 Pferde. Außerdem 1000 Gewinne im Werthe von 3 bis 300 RM.

General-Vertrieb der Loose à 3 Mark durch H. Mondo, Marktstraße 20 in Cassel, an welchen Anfragen wegen Uebernahme von Loosen zu richten sind

Das Comité.

Racahout des Arabes,

anerkannt vorzügliches nahr-

haftes Kindermehl

empfehlen

Theodor Hildebrand & Sohn,

Hoflieferanten

Sr. Majestät des Königs.

Berlin G.

Vorkaufsstellen in vielen besseren

Delicatess- und Colonialwaaren-

handlungen Posens

Agentur-Gesuch.

Unterzeichnete Firma, welche das ganze König. Schweden bereisen läßt, wünscht noch einige leistungsfähige Fabrik- oder Exporthäuser provisorisch zu vertreten. Prima Referenzen.

Levy & Svensson, Gothenburg.

Ein Obersecundaner in 2 Stunden zu erth. Näh. Kl. Gerberstraße 5, 3 Tr. I.

Vorbereitungskunden

zum Einjährigen-Examen wünscht zu nehmen H. und L. 50 postlagernd.

Specialarzt

Dr. med. Meyer, Berlin, Leipzigerstr. 91, heilt auch brieflich Syphilis, Geschlechtschwäche, alle Frauen- und Hautkrankheiten, selbst in den hartnäckigsten Fällen, stets schnell mit bestem Erfolge.

Neuestraße 6

ein möbl. Zimmer zu verm.

Zwei möbl. Balkonzimm. m. sep. Eing. u. Burschengelass, sowie eine Mittelwohnung sind Sandstraße 8 zu verm.

Gefucht wird ein fl. unmöbl. 3. Off. erbeten sub 81 postl.

Büttelstraße 18 sind vom 1. Okt. d. J. in der 1. Etage 5 Zimmer, Küche und Corridor, im Parterre 3 Zimmer und Küche zu verm.

Krämerstr. 12 i. e. Laden s. 1. Juli o. 1. Okt. zu verm.

Markt 88 2. Et. ein Zim. möbl. o. unmöbl. sof. bill. s. verm.

Luisestraße 1 I. Et. ist per 1. Mai ein gut möbl. Zim. zu verm.

Hinterwallischei 26

ist per sofort im 1. Stock eine ganz neu tapetirte Mittelwohn. s. verm.

Schulstr. 6, 2 Tr., ist ein möbl. Zimmer für 1 od. 2 Herren zum 1. Mai c. zu vermieten.

Markt 59

ein Laden v. 1. Oktober zu verm. Näheres Ziegenstr. 23, I. Etage.

Breslauerstr. 9, 4 St. 3. Et., sof., u. 4 St. 1. Et. p. 1. Okt. s. v

Ein Hauslehrer gesucht. Meld. sub W. M. 75 postl.

Ein junger Mann (Küfer), mit der Ungarwein-Branche vollständig vertraut, sucht, gestützt auf beste Referenzen, per 1. Juli oder August cr. Stellung. Gest. Adress. erbeten sub 100 in der Expedition dieser Zeitung.

Gärtner Johann Plasock aus Przegodowo bei Mur. Goslin, seit mehreren Jahren auf einem Dominium beschäftigt, sucht sofort eine Stelle.

Suche einen Lehrling.

H. Schmidt,

Krifer, Wilhelmstr. 28.

Ein unverb. Jngl., Sohn eines Gutsbesizers d. Pr. Sachsen, 31 Jahr, welcher m. Güter mit bestem Erfolg bewirtschaftet, sucht zum 1. Juli oder später

Stellung,

am liebsten auf Lantime und würde eine Kaution bis 8 Mille Thaler stellen. Beste Empfehlungen zc. können nachgewiesen werden. Gest. Off. sub H. 21532 an Saafenstein u. Vogler, Breslau erb.

Ein tüchtiger Schlosser,

welcher auf schmiedeeiserne Fenster sicher arbeitet, findet sofort dauernde Beschäftigung bei

B. Raczkowski,

Maschinenbauerei in Rähme.

Einen Lehrling

suche per sofort für mein Manufakturwaarengeschäft. Freie Station bewilligt.

H. Zimt,

Inowrazlaw.

Gegen Diäten u. Provison

wird ein zuverlässiger, gut empfohlener, im Geschäftsverkehr mit Landenten gewandter Mann, welcher auch der polnischen Sprache mächtig ist, sofort gesucht. Fr. Bemerk. unter Z. A. 5 postlagernd Glogau.

Eine geprüfte evangelische

Erzieherin,

mit bescheidenen Ansprüchen, wird für zwei Mädchen von 10 und 11 Jahren nach einer kleinen Stadt sofort zu engagieren gesucht. Offerten werden erbeten unter H. F. Nr. 15 postlagernd Bolen.

Ein gebild. junger Mann wünscht unter direkter Leitung des Herrn Besitzers oder Pächters die

Landwirthschaft

zu erlernen. Näheres brieflich. Gest. Off. sub L. 30 an Rudolf Mosse, Breslau erbeten.

Ein flotter Expedient,

beider Landessprachen mächtig, wird für ein Colonialwaaren-Geschäft per sofort gesucht. Offerten nebst Abschriften von Zeugnissen werden erbeten unter N. L. in der Exped. d. Posener Zeitung.

Mädchen auf Damen-Mäntel finden Beschäftigung Breitestraße 18b, 2 Tr. links.

Ein größeres Stettiner Colonialwaaren-Geschäft an gros sucht für die Stadt Posen einen tüchtigen Vertreter.

Reflektanten belieben sich schriftlich unter der Chiffre G. V. in der Exped. d. Sta. zu melden.

Harzöldestillation und Seifenfabrik

sucht tüchtige Vertreter.

Offerten unter J. N 3807 beförd. Rudolf Mosse, Berlin S. W.

Tüchtige u. brauchbare Ober-

Inspektoren, Inspektoren, Rechnungsführer, Brenner, Jäger und Gärtner empfiehlt unentgeltlich u. sucht d. Wirtsch.-Inspr. u. landw. Tagator A. Werner, Breslau, Taschenstr. 8, I. Etage.

Suche einen

Bildhauergehilfen

in Holz oder Gyps von sofort.

J. Piatkiewicz,

Bildhauer.

Thorn, den 17. April 1882.

Ein Lehrling

findet Stellung bei

J. M. Friedlaender,

Markt 54.

Ein unverheiratheter

Wirthschaftsbeamter,

gut empfohlen, findet vom 1. Juli c. ab Stellung auf dem Dom. Radons, (Poststation).

Für ein Colonial-, Farbwaaren- und Delicatessen-Geschäft in Frau-

stadt wird ein Lehrling gesucht.

Offerten werden sub A. B. 3 postlagernd Frauastadt erbeten.

Zum 1. Juli cr. suche eine andere

Inspektorstelle.

Basche,

Górzno b. Garzyn.

Loose

zur Stettiner Pferde-

Lotterie à 3 Mark,

Ziehung 22. Mai cr.

zur Casseler Pferde-Lott.

à 3 Mark, Ziehung

am 7. Juni cr.,

sind in der Exped. d. Pos.

Zeitung zu haben.

Nach Hilfe suchend,

durchfliegt mancher Kranke die Zeitungen, sich fragend, welcher der vielen Heilmittel-Annoncen kann man vertrauen? Diese oder jene Anzeige imponirt durch ihre Größe; er wählt und in den meisten Fällen gerabe das — Unrichtige! Wer solche Enttäuschungen vermeiden und sein Geld nicht unnützlich ausgeben will, dem rathen wir, sich von Richter's Verlags-Anstalt in Leipzig die Broschüre „Krankenfreund“ kommen zu lassen, denn in diesem Schriftchen werden die bewährtesten Heilmittel ausführlich und sachgemäß besprochen, so daß jeder Kranke in aller Ruhe prüfen und das Beste für sich auswählen kann. Die obige, bereits in 500. Auflage erschienene Broschüre wird gratis und franco versandt, es entstehen also dem Besteller weiter keine Kosten, als 5 Pf. für seine Postkarte.

Amerikanische

Post-Dampfschiffahrt.

Wöchentliche Passagier-Beförderung nach Philadelphia, New-York, Baltimore. Preis ab Hamburg 110 M. Man wende sich an

W. Strecker,

Berlin N. W., Louise-Platz 4.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung ihrer jüngsten Tochter Martha mit Herrn Apotheker Emil Groß zu Frankenstein in Schl. beehren sich Verwandten und Bekannten, statt jeder besonderen Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen.

Pustina, Böhmen, im April 1882.

R. Supper

und Frau Caroline geb. Knöpfler.

Wir wurden heute durch die glückliche Geburt eines Knaben erfreut.

Simon Salz

und Frau.

In den langen, schweren Leiden meines Mannes kann ich nicht genug die aufopfernde liebevolle, pünktliche Behandlung

des Herrn Dr. Tolke,

Kgl. Kreis-Physikus,

anerkennen, fühle mich zu öffentlichem Danke verpflichtet.

Schroda, den 16. April 1882.

Selma Kattner.

Lehrlings-

Fortbildungsschule des

Handwerkervereins.

Der Sommerkursus (Sonntags-

Unterricht) beginnt am Sonntag,

den 23. April, früh um 9 Uhr in

den bisher benutzten Klassenzimmern der Mittelschule.

Das Curatorium.

Ein brauner Hühnerhund,

auf den Namen Chasseur hörend,

hat sich am 16. c. verlaufen. Der

Kinder erhält gegen Abgabe des

Sundes vom Dominium Lussowo

bei Sady anaemessene Belohnung.

Donnerstag, den 20. d., Gießbeine.

M. Matuszewski,

Schulstraße 4.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 20. April 1882:

Vorletzte Opern-Vorstellung.

Benefiz für das Chorpersonal.

Zu ermäßigten Preisen:

Die Regimentstochter.

Freitag:

Reiz-Reislingen.

B. Heilbronn's

Volks-Theater.

Donnerstag, den 20. April:

Concert u. Vorstellung.

Gastspiel der unübertrefflichen

Wartenberg'schen Montagne-

Troupe,

sowie der übrigen Spezialitäten.

Aus Liebe zur Kunst

oder

Eine geführte Theaterprobe.

Die Direction.

Auswärtige Familien

Nachrichten.

Verlobt: Fräul. Martha Müller

in Berlin mit Herrn Alphonse Stie-

gemann in Hamburg. Fräul. Olga

Bald in Berlin mit Kaufmann

Benjamin Wenzel in Niddorf. Frä.

Anna Baumgart mit Herrn Wilhelm

Lange in Berlin. Fräulein Martha

Pollack mit Herrn Robert Kauer

in Sorau N.-L. Fräulein Johanna

Niesensfeld in Nicolai D./Schlef. mit

Herrn Adolph Feldmann in Berlin.

Frä. Elisabeth Rohrbach in Berlin

mit Herrn August Jahnde in Peters-

burg. Fräul. Marie v. Rümping

mit Rittmeister a. D. Alfred von

Loebenstein in Lohja.

Verheirathet: Herr Jacob Böhm

mit Frä. Charlotte Schaefer in Berlin.

Kammernusiker Theobald Günther

mit Fräulein Marie Lüdtke in

Berlin. Herr Johannes Reichsfrei-

herr von Malgahn mit Freiin von

Langen-Rosengarten in Penzlin.

Gestorben: Frau Minna Adrian,

geb. Lange in Charlottenburg. Kauf-

mann Adolf Schmidt in Berlin.

Herr Rudolf Schnur Tochter Ger-

trud in Berlin. Frau Elise Sud

geb. Wunderlich in Berlin. Frau

Emilie Wetzel, geb. Borisch in Ber-

lin. Herr Levy Vogel in Berlin.

Frau Louise Pasch geb. Fiedert in

Berlin. Frau Florentine Braumüller

geb. Brandenburg. Kaufmann M.

Braun. Herr Fritz Dendel in Grotzen

a. Ober. Kaufmann Philipp Sahl-

feld in Rahlsdorf bei Berlin. Frau

Philippine Salomon geb. Naue in